

WAZ 11.04.2016 | 23:00 Uhr

Sicherheitsdienste

Flüchtlingsunterkünfte: Schwarze Sheriffs unter Beobachtung

Das Bild des misshandelten syrischen Flüchtlings in der Burbacher Flüchtlingsunterkunft ging im September 2014 um die Welt. Anschließend versprachen Politiker und Behörden, dass die Sicherheitsdienste besser kontrolliert werden.

Burbach. Nach den Misshandlungen in der Burbacher Flüchtlingsunterkunft sollte alles besser werden. Ein Sicherheitsberater fordert höhere Qualifikation des Personals. Bundesregierung legt Gesetzentwurf vor.

Das Bild des syrischen Flüchtlings geht im September 2014 um die Welt: Er liegt gefesselt auf dem Bauch, hinter ihm drückt ein Wachmann im dunklen Overall einen Stiefel in seinen Nacken. Ein Kollege beobachtet die Szene. Burbach wird zum Synonym für menschenverachtende Zustände in Flüchtlingsunterkünften. Politiker und Behörden versprachen Besserung. Ist alles besser geworden?

Die Bezirksregierung

Die Bezirksregierung Arnsberg ist landesweit für den Asylbereich zuständig. Nach Burbach, so Sprecher Christoph Söbbeler, ist „bei allen Beteiligten“ eine erhöhte Sensibilität festzustellen. „Es ist nichts Vergleichbares passiert.“

Misshandlungen

Burbach – ein Jahr nach dem Skandal

Wachleute quälen Menschen in der Flüchtlingsunterkunft ; Am 28. September jährt sich das Bekanntwerden der Vorfälle, die bundesweit schockierten.

Dass mobile Teams seiner Behörde seitdem regelmäßig und unangemeldet Flüchtlingsheime aufsuchen und sich ein Bild über die Arbeit des Sicherheitspersonals verschaffen (in den Landeseinrichtungen sind etwa 5900 Mitarbeiter privater Wachdienste tätig), habe sich bewährt: „So werden mögliche Probleme oder Nachlässigkeiten frühzeitig erkannt oder vermieden.“

„Seit Burbach hat sich nicht wirklich etwas verändert“, findet dagegen der Sicherheitsberater Stephan Leukert. Aus seiner Sicht ist das große Problem, dass die öffentliche Hand Aufträge für Sicherheitsunternehmen „in erster Linie nach dem Preis, selten nach Qualitätskriterien vergibt“.

Das Personal

„Angesichts des hohen Bedarfs hat die Branche Schwierigkeiten, ausreichend geeignetes Personal zu finden“, so Sandra von Heine von der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer in Hagen (SIHK). 15 000 Wachleute für Flüchtlingsheime werden derzeit bundesweit gesucht. „Die Gemengelage aus einem einfachen Zugang zu dem Gewerbe und einer niedrig bezahlten Arbeit zieht ein bestimmtes Klientel an“, sagt Stephan Leukert: „Menschen mit einem niedrigen Bildungsgrad und – böse formuliert – Menschen, die sonst nichts bekommen“. Er habe manchmal den Eindruck, so - Leukert weiter, dass die Agentur für Arbeit gerne Langzeitarbeitslose an Sicherheitsfirmen vermittele, „um sie aus der Statistik zu bekommen“.

Die Kompetenzen

„Man muss gefestigt sein, in sich ruhen, ein sicheres Auftreten haben und über interkulturelle Kompetenzen verfügen“, beschreibt Sandra von Heine den idealen Wachdienst-Mitarbeiter.

Sicherheitsdienste

Gewaltexzesse durch Wachmänner in Burbach waren zu erwarten

Die Misshandlungen von Asylsuchenden im Flüchtlingsheim Burbach sind für Branchenkenner keine Außergewöhnlichkeit. „Das war nicht anders zu erwarten“,...

Der Umgang mit Menschen anderer Nationalität und Religion würde zwar im Unterricht angeschnitten, aber letztlich seien die Firmen verpflichtet, ihre Mitarbeiter auf spezielle Arbeitsgebiete vorzubereiten. Zum Beispiel auf einen Einsatz in einer Flüchtlingsunterkunft. „Darauf werden die Kollegen gerade nicht vorbereitet“, kritisiert Stephan Leukert. **„Aus- und Weiterbildung richten sich immer noch an den klassischen Werkschutzaufgaben.“**

Die Ausbildung

40 Unterrichtsstunden bei einer Industrie- und Handelskammer genügen – und man darf, ohne eine Prüfung ablegen zu müssen, einen Job bei einem Sicherheitsunternehmen antreten. „Nicht ganz“, sagt Sandra von Heine, im Unterricht würden schriftliche und mündliche Verständnisfragen gestellt. „Nur wenn Referent und Kammer überzeugt sind, dass die Inhalte verstanden wurden, gibt es eine Bescheinigung.“ Knapp 10 Prozent der Teilnehmer werde dieses Papier verwehrt. Tendenz steigend.

„Wer glaubt, dass 40 Stunden reichen, ist blauäugig“, sagt Stephan Leukert. Es werde immer noch ein Bild des Gewerbes von „Schranke hoch, Schranke runter“ entworfen. Dabei seien die Aufgaben im High-Tech-Zeitalter deutlich anspruchsvoller geworden. „Und es sind viele rechtliche Dinge zu beachten.“

Die Sicherheitsfirmen

„Es ist viel leichter, ein Sicherheitsunternehmen aufzumachen als einen Friseurladen“, sagt Stephan Leukert. Mit der Auflage eines 80-Stunden-Kurses bei einer Industrie- und Handelskammer könne man eine Firma in einem höchst sensiblen Bereich leiten.

Der Verband

Der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) setzt sich für strengere Auflagen bei der Qualifizierung von Wachpersonal ein, insbesondere in Flüchtlingsheimen. „Ich halte verpflichtende interkulturelle Schulungen für sinnvoll“, sagt Harald Olschok.

Flüchtlingsheim

Sicherheitskräfte haben Flüchtlinge misshandelt

In einer Notunterkunft für Flüchtlinge in Burbach sind Bewohner misshandelt worden. Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes werden der Quälerei...

Dem BDSW-Hauptgeschäftsführer zufolge vergeben Kommunen und Länder ihre Aufträge häufig nach dem „Kriterium niedrigster Preis“. Das führt dazu, dass einige Firmen an der Qualität sparen. **In der Branche sei durchaus eine Goldgräberstimmung festzustellen.** „Das lockt auch Unternehmen an, die eigentlich in diesem Bereich nichts zu suchen haben.“ Die Masse aber mache einen guten Job.

Der Gesetzentwurf

Das Bundeskabinett hat soeben einen Gesetzentwurf zur Änderung bewachungsrechtlicher Vorschriften abgesegnet. Bewachungsunternehmer müssen künftig eine Sachkundeprüfung ablegen. Die Zuverlässigkeit der Wachleute kommt spätestens alle drei Jahre auf den Prüfstand. Bis Ende 2017 soll ein zentrales Bewacherregister eingerichtet sein, das bundesweit Informationen über

Bewachungsunternehmer und -personal erfasst.

Rolf Hansmann

Refugees Welcome Bonn 27. Juni 2016

Was ist los im Flüchtlingslager Burbach?

Vorwürfe von Vergewaltigung einer schutzbedürftigen Geflüchteten durch Sicherheitsdienstmitarbeiter, Zeugenbedrohung, durch Bedienstete organisierte mutmaßliche Prostitution und systematische Unterlaufung von Unterbringungsstandards im Flüchtlingslager in Burbach (bei Siegen)

Innerhalb der letzten drei Tage erlangten wir Kenntnis von äußerst schwerwiegenden Vorwürfen gegenüber einzelnen Mitarbeitern des DRK und der Siegener Sicherheitsfirma Bewa Security GmbH aus dem Flüchtlingslager in Burbach bei Siegen. Besagtes Lager hatte bereits 2014 für negative Schlagzeilen durch Misshandlungsvorwürfe gegen Sicherheitsbedienstete gesorgt.

Die im Folgenden wiedergegebenen Vorwürfe sind der Polizei zumindest in Teilen seit Anfang Juni bekannt, es läuft mindestens ein Ermittlungsverfahren. Öffentlich wurden sie bislang nicht. Dies wollen wir mit dem vorliegenden Bericht ändern.

Die folgenden Schilderungen beruhen auf der Aussage zweier Zeugen, die auch im Ermittlungsverfahren der Siegener Polizei als Zeugen aufgetreten sind und die sich derzeit in Bonn befinden. In den vergangenen zwei Tagen haben wir ausführlich und lange, auch unter Hinzuziehung eines Übersetzers und eines Mitarbeiters der Arnberger Bezirksregierung aus Burbach, der Anfang Juni Anzeige erstattet hatte, sowie im Beisein der Landtagsabgeordneten Simone Brand von der Piratenfraktion mit den Zeugen gesprochen und wollen an dieser Stelle nun deren Schilderungen wiedergeben.

Da uns bisher – mit Ausnahme des Mitarbeiters der Bezirksregierung – nur eine Seite der Geschichte bekannt ist, möchten wir darauf hinweisen, dass wir uns die Schilderungen der Zeugen hier nicht zu eigen machen, auch wenn sie einen sehr sachlichen und konsistenten Eindruck auf uns machen. Es ist die Aufgabe der Ermittlungsbehörden sowie mittlerweile über den Fall informierter JournalistInnen, diesen Komplex von Vorwürfen weiter zu recherchieren und auch die Gegenseite dazu zu befragen. Der Text ist der besseren Lesbarkeit halber dennoch nicht durchgängig im Konjunktiv gehalten.

Aufgrund der Schwere der Vorwürfe würden wir es sehr begrüßen, wenn sich diesbezüglich ein öffentliches Aufklärungsinteresse regte. Dazu stehen wir für etwaige Fragen von JournalistInnen gern unter folgender E-Mail-Adresse zur Verfügung: burbach.rwb@gmail.com

Die nun folgende Schilderung wird der Verständlichkeit halber damit beginnen, wie wir mit den Zeugen in Kontakt gerieten und dann versuchen, die chronologische Abfolge der Ereignisse so nachzuzeichnen wie sie uns am Sonntag, 26. Juni, in einem mehrstündigen Gespräch von den beiden Zeugen vermittelt wurde.

Die Namen der meisten involvierten Personen liegen uns vor, werden jedoch mit dem jeweiligen Anfangsbuchstaben abgekürzt (sofern nicht anders gekennzeichnet).

Am vergangenen Freitag, 24. Juni, erreichte uns die Mitteilung, dass zwei albanische Geflüchtete in der Landesunterbringung in Bonn-Bad Godesberg (Muffendorf) mit Sack und Pack auf die Straße gesetzt worden waren, nachdem sie dort nur eine Nacht verbracht hatten und dass die beiden, Brüder, Zeugen in einem Ermittlungsverfahren gegen Bedienstete aus der Landesunterbringung in Burbach seien. Sie hatten bereits einige Stunden mit ihren drei schweren Koffern und ohne Geld am Bonner Hauptbahnhof verbracht, nachdem sie durch den Verweis aus dem Muffendorfer Lager de facto obdachlos geworden waren.

Daraufhin begab sich jemand unseres Vereins zum Bahnhof und sorgte zunächst für eine private Unterbringung in Bonn für das Wochenende. Der Kontakt war durch eine Mitarbeiterin der Piratenfraktion im Düsseldorfer Landtag zustande gekommen, die bereits am Tag zuvor zusammen mit der Abgeordneten Simone Brand mit den beiden Zeugen sowie einem Bediensteten der

Bezirksregierung, der auch Anfang Juni die o.g. Anzeige wegen mutmaßlicher Vergewaltigung durch Sicherheitsbedienstete erstattet hatte, zusammengetroffen war, um sich ein Bild der Lage zu verschaffen. Der Mitarbeiter der Bezirksregierung, dem der Anstoß für die Aufklärung der Burbacher Zustände zu verdanken ist, wird im Folgenden zum Schutze seiner Person als „Herr X.“ bezeichnet. Die Verständigung mit einem der Brüder war halbwegs auf Englisch möglich und so zeichnete sich bereits am Freitag für uns ein erschreckendes Bild der Lage. Daraufhin entschlossen wir uns – in Absprache mit den Zeugen – den Kontakt zur Öffentlichkeit zu suchen und trafen die beiden am Samstag erneut, diesmal bereits im Beisein einer Journalistin jedoch noch ohne Übersetzer. Angesichts der Schwere der Vorwürfe und einer gewissen bestehenden Sprachbarriere entschlossen wir uns, am darauffolgenden Sonntag Nachmittag ein gemeinsames Treffen mit den beiden Zeugen, einem Albanischübersetzer, dem Mitarbeiter der Bezirksregierung Herrn X. sowie der Abgeordneten Brand und zwei JournalistInnen in Bonn zu arrangieren.

Was dort zur Sprache kam, wird nun im folgenden Verlauf nach bestem Wissen und Gewissen wiedergegeben.

Anfang Februar beobachtete einer der beiden Anfang bis Mitte Zwanzig Jahre alten Brüder, wie eine auch albanisch sprechende Frau – das mutmaßliche spätere Opfer, mit der er sich auch aufgrund der gemeinsamen Sprache gut verstand – außerhalb des umzäunten Geländes des Burbacher Lagers seiner Meinung nach durch Alkohol und/oder möglicherweise K.O.-Tropfen betäubt und kurz darauf ohnmächtig wurde und dann von Sicherheitsbediensteten weg zu einem Auto, einem schwarzen Mercedes, gebracht wurde. Dazu sei gesagt, dass der Großteil des Lagers – eine ehemalige Kaserne – zwar umzäunt ist, sich jedoch auch noch Teile des Lagers außerhalb dieser Umzäunung befinden – etwa das besagte Haus, vor dem sich die Szene abspielte. Daraufhin überstieg der Zeuge den Zaun, um der Frau beizustehen, wurde jedoch von an der Aktion beteiligten Sicherheitsbediensteten festgehalten und zu einem anderen Haus auf dem Gelände weggeführt. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde er von den Sicherheitsbediensteten eingeschüchtert, er solle ja nichts von dem, was er sah, weitersagen. Der Zeuge wandte sich dennoch danach an die im Lager tätige Sozialberaterin S., die seine Schilderungen jedoch mit der Behauptung abwiegelte, das mutmaßliche Opfer sei „kein Kind mehr“. Die Frau blieb die folgenden zwei Tage verschwunden. Während dieser Zeit hat der Zeuge immer wieder in der Anlage nach ihr gesucht und ihr Zimmer aufgesucht, um zu schauen, ob sie wieder da sei. Zwei Tage nach ihrem Verschwinden tauchte die Frau, nur mit einem Schlafanzug bekleidet, der ihr von den Sicherheitsbediensteten gegeben worden sei, die ihr zugleich ihre normale Kleidung weggenommen hätten, abends/nachts beim Zimmer des Zeugen wieder auf. Sie teilte mit, dass sie sich an die vergangenen zwei Tage quasi nicht erinnern könne bis sie vollkommen entkleidet wieder aufwachte – in einem anderen Asylbewerberheim, vermutlich in Siegen. Auch ihr sei von den Sicherheitsbediensteten, die sie mitgenommen hätten, eingetrichtert worden, bloß nicht über das ihr Zugestoßene zu reden.

Die Sozialberaterin S., an die sich der Zeuge bereits nach dem Verschwinden des mutmaßlichen Opfers gewandt hatte, hatte auch an diesem Abend Schicht und das mutmaßliche Opfer wandte sich an diese, doch auch bei dieser Gelegenheit wiegelte Frau S. erneut ab.

Nicht nur die Kleidung sei dem mutmaßlichen Opfer von den Sicherheitsbediensteten in den zwei Tagen der Abwesenheit abgenommen worden, sondern auch deren Handy. Beim Versuch, es wiederzuerlangen, war die Frau zunächst erfolglos; später als sie sich mit Nachdruck und gemeinsam mit dem Zeugen erneut darum bemühte, sei es ihr ausgehändigt worden.

Auf das Betreiben eines Verfahrensberaters im Lager sei die mutmaßliche Geschädigte in eine andere Stadt verlegt worden.

Nachdem der zu Anfangs erwähnte Mitarbeiter der Bezirksregierung Herr X. Kenntnis über die Vorwürfe erlangte, begann er, eigene Nachforschungen durch Befragungen von Mitarbeitern des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in der Unterkunft anzustellen, ob es weitere Fälle dieser Art gegeben habe. Daraufhin stieß er auf Aussagen, denen zufolge einzelne DRK-Mitarbeiter sowie Sicherheitsbedienstete mehr oder weniger systematisch die mutmaßliche Prostitution von schutzbedürftigen Frauen organisiert hätten. Dies sei u.a. durch die Anmietung von Wohnungen oder Räumlichkeiten geschehen, in denen die Prostitution dann vollzogen worden sei. Ob es sich dabei um Prostitution im eigentlichen Sinne, d.h. gegen Geldleistungen, oder um Nötigungen mithilfe von Druckmitteln oder unter Ausnutzung der Notlage der oftmals abschiebungsbedrohten Frauen gehandelt

habe, ist bislang unklar.

Auch sollte dem ehemaligen stellvertretenden Betreuungsleiter des DRK in Burbach aufgrund des Umstandes gekündigt worden sein, dass er ein mehrmonatiges Verhältnis mit einer weiblichen Geflüchteten unterhalten habe. Dies habe sich Ende 2015 abgespielt und sei dem DRK bekannt gewesen. Zudem soll ein anderer Mitarbeiter bereits in der Vergangenheit Bericht über ähnliche Vorkommnisse bei der DRK-Zentrale in Münster erstattet haben.

Herr X. erstatte infolgedessen am 6. Juni Anzeige bei der Siegener Polizei, die daraufhin zu ermitteln begann. Kurz darauf wurden die o.g. Zeugen polizeilich befragt.

Nach den Zeugenaussagen bei der Polizei sollen die beiden Zeugen systematisch eingeschüchtert und bedroht worden sein, wie im Folgenden geschildert wird.

Die zuständige Kommissarin der Siegener Polizei habe den Zeugen gegenüber gesagt, dass sie sich im Folgenden stets direkt an sie bzw. die Polizei, nicht ans DRK oder andere Bedienstete des Heims wenden sollten.

Am Tag nach den Zeugenaussagen bei der Polizei sei die in Burbach tätige Bedienstete der Bezirksregierung Frau M. gemeinsam mit der bereits zuvor erwähnten Frau S. (die bzgl. der Schilderungen der mutmaßlichen Entführung nur abgewiegelt hatte) zu den Zeugen gekommen, um in Erfahrung zu bringen, was diese bei der Polizei ausgesagt hätten. Die Zeugen wollten keine Auskunft geben, woraufhin Frau S. etwa im 30-Minuten-Takt wieder kam, um die Zeugen dazu zu drängen, Frau M. Auskunft über die gemachten Aussagen zu erteilen. Letztlich begaben sich die Zeugen dann auf Drängen der Frau S. ins Büro von Frau M. von der Bezirksregierung, die daraufhin alle anderen zu diesem Zeitpunkt anwesenden Personen aus dem Raum schickte. Frau M. habe sich dann entgegen ihrer sonstigen Art überraschend freundlich gegeben, etwa Getränke angeboten. Der Zeuge sagte, dass Frau M. sich selbst an die Polizei wenden solle, wenn sie Auskunft wolle; er würde ihr nichts sagen. Der Betreuungsleiter des DRK Herr H. sei dann dazugestoßen und habe auch versucht, Druck auf den Zeugen auszuüben, damit er ihm und Frau M. Auskunft über seine Aussagen bei der Polizei erteile.

Just in diesem Moment habe die zuständige Polizeikommissarin den Zeugen angerufen, was ihm die Möglichkeit bot, der Situation zu entweichen. Auch in den folgenden Tagen habe Frau S. immer wieder versucht, die Zeugen zu Frau M. ins Büro zu schicken. Nachdem die Zeugen dem nicht nachgaben, sei ersichtlich geworden, dass Frau M. nun alles darauf anlegte, sich ihrer zu entledigen, indem sie sie von Burbach weg verweist. Unter anderem habe sie die Brüder im Beisein anderer als „Scheiß Albaner“ und „Kriminelle“ beschimpft.

Am vorvergangenen Samstag, 18. Juni, hatten sich die beiden Zeugen gemeinsam mit einem weiteren albanischen Geflüchteten sowie anderen Geflüchteten im nahegelegenen Dorf aufgehalten. Bei der Rückkehr zum Heim sollten nur die beiden Brüder sowie der andere Albaner an der Pforte von den Sicherheitsbediensteten kontrolliert, d.h. durchsucht, werden. Einer der beiden Zeugen verweigerte dies. Es ist nicht unüblich, dass gelegentlich Geflüchtete an der Pforte kontrolliert werden, wenn etwa der Verdacht vorliegt, dass sie Alkohol mit in die Einrichtung nehmen, was der Hausordnung widerspricht. Die Durchsuchung darf allerdings nicht unter Zwang durch die Sicherheitsbediensteten geschehen, sondern es muss – soll die Durchsuchung unbedingt stattfinden – die Polizei hinzugezogen werden.

Nachdem der Zeuge der freiwilligen Durchsuchung nicht zustimmte, da er dafür keinen Anlass sah und dies auch vor dem Hintergrund, dass von anderen Anwesenden keine Durchsuchung gefordert wurde, als Schikane empfand, riefen die Sicherheitsbediensteten einen Sozialbetreuer hinzu, der bestätigte, dass sie keine zwangsweise Durchsuchung durchführen dürften, woraufhin der Zutritt zum Heim gestattet wurde.

Danach jedoch seien stündlich Sicherheitsbedienstete zum Zimmer des Zeugen gekommen, was er als Einschüchterung empfand. Aufgrund des Drucks und des angestauten Frusts über die Behandlung durch den Sicherheitsdienst sowie Bedienstete der Bezirksregierung wie Frau M. und die Sozialbetreuerin S. begab sich der Zeuge erneut ins Dorf, wo er sich eine Flasche Wodka kaufte, die er später im Heim gemeinsam mit seinem Bruder und zwei weiteren Personen konsumierte. Einer der Beteiligten, hier im Folgenden Y. genannt (Name liegt vor), war im Haus 7 außerhalb des Zauns (für besondere Fälle) untergebracht, weil er in der Vergangenheit bereits einmal Herzprobleme gehabt hatte. Die Zeugen begleiteten ihn nach dem gemeinsamen Trinken gegen 2 Uhr nachts zurück zu seiner Unterkunft, wo sie sich verabschiedeten. Danach legten sich die Zeugen schlafen.

Um etwa 4.20 Uhr in derselben Nacht, d.h. ca. zwei Stunden später, stürmten Sicherheitsbedienstete das Zimmer der Zeugen, bezichtigten sie, Y. geschlagen zu haben und riefen die Polizei. Y. war zuvor aufgrund von Trunkenheit, möglicherweise in Zusammenhang mit seiner Vorerkrankung ins Krankenhaus gebracht worden. Als die Polizei eintraf wiederholten die Sicherheitsbediensteten die Beschuldigung gegen die Zeugen, die jedoch mit Y. ein freundschaftliches Verhältnis pflegten und gar nicht wussten, wie ihnen geschah. Sie bestritten die Vorwürfe, die offenbar auch durch die Befragung Y.s durch die Polizei nicht erhärtet werden konnten. Gegen 7 Uhr morgens meldete sich einer der Zeugen telefonisch bei Y., um ihn zu fragen, was los sei. Y. habe ihm gegenüber dann ausgesagt, ihn nicht einer solchen Tat bezichtigt zu haben und dies auch der Polizei mitgeteilt zu haben. Es sei wohl auch keine Anzeige von der Polizei aufgenommen worden und Y. sei auch am Folgetag wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden. Auch danach sei der Umgang der Zeugen mit Y. weiterhin ein freundschaftlicher gewesen.

Eine Stunde später – die Zeugen lagen mittlerweile wieder in ihren Betten – betrat Frau M. deren Zimmer und sagte den Zeugen, sie hätten zehn Minuten, um ihre Sachen zu packen, weil sie nun aus Burbach weggeschickt würden. Dabei sollten die Brüder getrennt werden: Der eine sollte nach Köln, der andere nach Bonn gebracht werden. Der eine Zeuge bat darum, sie möge ihnen doch mehr Zeit geben, da sie die ganze Nacht nicht geschlafen hätten. Daraufhin habe Frau M. ihm die Bettdecke weggezogen. Auch Sicherheitsbedienstete seien zu diesem Zeitpunkt anwesend gewesen. Frau M. habe dann gedroht, die Zeugen polizeilich aus dem Heim entfernen zu lassen, woraufhin der eine der beiden erwiderte, dass Sonntags gar keine Transfers stattfinden (dürften). Außerdem sei Frau M. als Mitarbeiterin der Bezirksregierung Sonntags gar nicht im Dienst. Letzteres wurde auch von Herrn X. von der Bezirksregierung bestätigt.

Frau M. rief dann die Polizei hinzu, während der Zeuge, der ihr widersprochen hatte, von Sicherheitsbediensteten festgehalten wurde. Die eintreffenden Polizeibeamten hätten dann bestätigt, dass die Zeugen dem Y. nichts getan hätten, wie nachts zuvor behauptet worden war und dass der Zeuge in Burbach bleiben könne. Frau M. sei daraufhin förmlich aus der Haut gefahren, die Polizisten blieben jedoch bei ihrer Einschätzung der Situation.

Am darauffolgenden Donnerstag, 23. Juni, war einer der Zeugen in einem nahegelegenen Kiosk zum Kaffeetrinken, als plötzlich Sicherheitsbedienstete dorthin gekommen seien, um ihm zu sagen, dass Frau M. ihn sprechen wolle. Der Zeuge leistete der Aufforderung Folge und begab sich in das Büro von Frau M. woraufhin Sicherheitsbedienstete die Tür von außen abgeschlossen hätten. Der Zeuge wollte dann seinen Bruder anrufen, um ihn zu warnen, nicht auch zu Frau M. zu gehen, aber einer der Sicherheitsbediensteten nahm ihm sein Handy weg. Kurz darauf wurde auch der Bruder ins Büro gebracht. Außerdem sei ein Sozialberater des DRK als Übersetzer anwesend gewesen. Der eine Zeuge fragte, was denn los sei. Der Dolmetscher antwortete ihm, er habe keine Ahnung. Frau M. sagte dann, dass die beiden Zeugen nun endlich aus dem Heim fliegen würden. Außerdem anwesend gewesen sei der neue Leiter der Unterbringung von der Bezirksregierung, der erst am Montag davor seinen Dienst dort angetreten hatte.

Frau M. sagte, die beiden Zeugen hätten zwei Möglichkeiten: Entweder sie verließen das Heim freiwillig oder würden unter Anwendung von Zwang zur Notunterkunft Staumühle in Hövelhof gebracht. Die Zeugen sahen sich nun genötigt, „freiwillig“ ein Dokument zu unterschreiben, was vermutlich eine Rechtsbelehrung war. Danach wurden sie von Sicherheitsbediensteten zu ihrem Zimmer begleitet. Frau M. habe ihnen ihre Ausweisdokumente des BAMF weggenommen, sodass ihnen nur eine Kopie der „Büma“ („Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende“) blieb. Außerdem sei ihnen mitgeteilt worden, dass sie selbst zusehen sollten, wie sie auf eigene Kosten aus Burbach, was relativ entlegen ist, wegkämen. Von Sicherheitsbediensteten wurde ihnen gesagt, dass sie ihre Koffer draußen vor dem Haus abstellen sollten, während die beiden Zeugen erneut ins Büro von Frau M. kommen sollten. Erneut sei dann die Tür geschlossen worden, diesmal sei sie von Sicherheitsbediensteten zugehalten worden. Frau M. sei dann mehrmals aus dem Büro herausgegangen und wieder hereingekommen. Der eine Zeuge sagte, er wolle das Büro verlassen und wurde daraufhin von Sicherheitsbediensteten festgehalten.

Etwa 30 Minuten später sei dann die Polizei gekommen und den Zeugen wurde gesagt, die Polizei müsse (auf Hinweis durch Frau M.) ihre Koffer kontrollieren. Der eine Zeuge sagte, die Beamten sollten dies ruhig tun. Während die beiden Zeugen weiter im Büro verblieben, wurden die draußen abgestellten Koffer von den Polizisten durchsucht, die dann eine größere Zahl von (gebrauchten) SIM-

Karten fanden. Die exakte Zahl war nicht mehr bekannt, es sollen etwas über 40 gewesen sein. Frau M. habe dann gegenüber der Polizei behauptet, dass es sich bei den beiden Zeugen um Kriminelle handle und dass die SIM-Karten wohl im nahegelegenen Kiosk gestohlen worden seien. Die Zeugen beteuerten indes, dass die SIM-Karten nicht ihre seien und sie nicht wüssten, wie sie plötzlich in ihre Koffer gelangten. Die Polizei kontaktierte daraufhin den Kioskbesitzer, der nicht nur ausgesagt hätte, dass die SIM-Karten nicht bei ihm gestohlen worden seien, sondern dass die beiden Zeugen ihm bekannt seien und sie nie Probleme gemacht hätten, womit der Fall zunächst erledigt schien.

Die beiden Zeugen verließen daraufhin das Lager in Burbach, riefen Herrn X. an und begaben sich zum Rewe-Supermarkt in Burbach. Dabei seien sie von uniformierten Sicherheitsbediensteten in zwei Autos, einem Audi und einem Opel, verfolgt worden. Durch Herrn X. war ein weiterer Mitarbeiter Z. hinzugerufen worden, der die beiden Zeugen mit zu Herrn X nehmen sollte. Z. allerdings hatte Angst, die beiden Zeugen in seinem Auto mitzunehmen, da er angesichts der sie verfolgenden Sicherheitsbediensteten um seinen Arbeitsplatz fürchtete. Die Zeugen nahmen dann auf eigene Kosten ein Taxi ins etwa zehn Kilometer entfernte Neunkirchen zum Wohnort von Herrn X. Auch auf diesen zehn Kilometern seien sie weiter von den Sicherheitsbediensteten verfolgt worden.

Zufällig anwesend bei Herrn Z. war zu diesem Zeitpunkt die Landtagsabgeordnete Simone Brand, die sich mit Herrn X. über die von ihm erhobenen Vorwürfe bzgl. der Unterbringungsstandards sowie der mutmaßlich von Mitarbeitern des Lagers Burbach organisierten Prostitution dort lebender Frauen austauschen wollte. Herr X. teilte den Zeugen mit, dass die von Frau M. vorgesehene Notunterkunft in Hövelhof für die Zeugen aufgrund ihres rechtlichen Status im Asylverfahren nicht geeignet sei und bemühte sich stattdessen um eine Überstellung in die Bonner Unterkunft in Muffendorf. Der Mitarbeiter Z. brachte die Zeugen daraufhin zum Bahnhof und sie fuhren, wieder auf eigene Kosten, nach Bonn. Herr X. hatte als Mitarbeiter der Bezirksregierung veranlasst, dass die Zeugen dort untergebracht würden. Aufgrund eines Kommunikationsfehlers wurden die beiden Zeugen in Muffendorf zuerst nicht hereingelassen. Dies ließ sich aber nach kurzer Zeit aufklären, sodass sie dort die Nacht von Donnerstag auf Freitag verbringen konnten. Am Freitag morgen wurden die beiden dann allerdings wieder aus der Muffendorfer Unterkunft verwiesen. Später im Laufe des Tages kümmerte sich unser Verein um deren vorläufige private Unterbringung in Bonn.

Herr X., der aufgrund der strukturellen Missstände in der Burbacher Unterkunft hinsichtlich der Unterschreitung gesetzlich vorgeschriebenen Einhaltung gewisser Mindeststandards bei der Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie aufgrund der Ergebnisse seiner Nachforschungen hinsichtlich der mutmaßlich von Beschäftigten im Burbacher Flüchtlingslager organisierten Prostitution schutzsuchender Frauen in Kontakt mit der Parlamentarierin Brand getreten war, hat sich in unseren Augen sehr um den Schutz der beiden Zeugen verdient gemacht.

Auch von Frau Brand wurde uns in der Folge finanzielle Unterstützung bei der vorübergehenden Unterbringung der Zeugen gewährt.

Wir kümmern uns derzeit darum, den Zeugen einen rechtlichen Beistand zu verschaffen sowie ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit ihren Anliegen an die Öffentlichkeit zu wenden, was deren ausdrücklichem Wunsch entspricht.

Die oben wiedergegebenen Zeugenaussagen zeichnen ein – gelinde ausgedrückt – sehr desolates Bild der Burbacher Unterkunft. Die Glaubhaftigkeit der Aussagen erschien uns prima facie nicht nur durch ihre Konsistenz, auch auf detaillierte Nachfragen hin, gegeben, sondern auch durch den Umstand, dass die Aussagen des Mitarbeiters der Bezirksregierung Herrn X. sie in Teilen stützen.

[Friedrichs Wilhelm](#) Stadt- und Studierendenzzeitung Juli 2016

Wieder Vorwürfe in Burbach

Sexuelle Übergriffe durch Mitarbeiter auf Frauen in NRW-Flüchtlingsheim?

von Jana Klein

Schwere Vorwürfe werden gegen Mitarbeiter eines Burbacher Flüchtlingsheims erhoben. Diese sollen alleinstehende Frauen systematisch sexuell ausgebeutet und teilweise auch vergewaltigt haben. Die

Männer vom DRK und der Security-Firma BEWA haben zu diesem Zweck mutmaßlich extra Räumlichkeiten in der Nähe der Unterkunft angemietet. Der Polizei liegen entsprechende Anzeigen vor, sie ermittelt seit Anfang Juni am Heim. Vonseiten der Siegener Staatsanwaltschaft heißt es, man beschäftige sich gegenwärtig mit möglichen Sexualdelikten.

An die Öffentlichkeit sind die Vorwürfe nun gelangt, weil zwei Zeugen im Heim von Mitarbeitern mutmaßlich wegen ihrer Zeugenaussagen schikaniert worden waren. Zu ihrem eigenen Schutze sind sie dann von einem eingeweihten Mitarbeiter der zuständigen Bezirksregierung in ein Heim in Bonn Muffendorf verlegt worden, in dem aber ebenfalls die BEWA engagiert ist. Die Security dort schmiss laut Aussage gegenüber dieser Zeitung die beiden jungen Albaner kurzerhand mit der Begründung am nächsten Morgen wieder heraus, sie hätten „Stress mit den Kollegen in Burbach“. Über die lokale Initiative Refugees Welcome Bonn e.V., die den beiden Männern dann privat eine Unterkunft verschaffte, kamen die Anschuldigungen nun ans Licht. Die Friedrichs Wilhelm konnte die zwei Asylbewerber und zwei Mitarbeiter aus Burbach ausführlich befragen. Im Vorlauf hatte sich der Bedienstete der Bezirksregierung, der schließlich bei der Polizei die Ermittlungen ins Rollen gebracht hatte, zunächst an die Piraten-Fraktion im Landtag NRW gewandt. Er berichtet, dass unter anderem die Existenz der privaten Anmietung auf dem ehemaligen Kasernengelände zu besagtem Zweck unter den Mitarbeitern der Unterkunft bekannt gewesen sei. Entsprechend muss es ein größeres Netzwerk aus Tätern und Mitwissenden gegeben haben, die die nun vorgeworfenen Taten deckten bzw. sie duldeten, sollten die Vorwürfe sich bewahrheiten.

Diese indes haben es in sich: Mitarbeiter vom Deutschen Roten Kreuz und der BEWA sollen, laut Zeugenaussagen, mit alleinstehenden Frauen ein- und ausgegangen sein, sie beständig mit Alkohol versorgt und mit ihnen Geschlechtsverkehr gehabt haben. Der Verdacht steht im Raum, dass den Frauen unter anderem Versprechungen hinsichtlich ihres Asylverfahrens gemacht worden sind. In einem anderen Fall will ein Zeuge heimlich beobachtet haben, wie eine junge Frau nach dem Konsum von von Mitarbeitern mitgebrachten alkoholischen Getränken plötzlich zu Boden gestürzt ist. Als er in die Situation eingreifen wollte, hätten ihn die Mitarbeiter von der Frau abgeschirmt und ihm Konsequenzen angedroht, wenn er darüber reden sollte. Zwei Tage sei die Frau dann fort gewesen, um dann völlig aufgelöst beim Zeugen im Zimmer wieder aufzutauchen – mit losen Erinnerungen an das, was man mit ihr angestellt hatte. Sie will völlig entkleidet in einer anderen Unterkunft zu sich gekommen sein, die Täter sollen sie dann eingeschüchert haben, nicht über den Vorfall zu sprechen. Weitere solcher Angriffe könnten womöglich im Zuge der Ermittlungen aufgedeckt werden. Inwiefern falsche Versprechungen gegen Geschlechtsverkehr strafbar sind, wäre von einem Gericht im Einzelfall aufzuklären.

Die neuen Vorwürfe werden fast zwei Jahre, nachdem zuletzt im Kreis Siegen Sicherheitskräfte Übergriffe auf Geflüchtete begangen und damit einen Skandal ausgelöst hatten, laut. Im Gedächtnis geblieben ist etwa das Video, das einen Geflüchteten zeigt, der von Security dazu gezwungen wird, sich auf eine Matratze mit Erbochenem zu legen. Auf einem Handyfoto war zu sehen, wie ein Mitarbeiter einem am Boden gefesselten Flüchtling seinen Stiefel in den Nacken drückt. Schon damals erzählte ein Insider, in Burbach habe ein rechtsfreier Raum geherrscht. In Bad Berleburg, ebenfalls bei Siegen, richteten sich Vorwürfe bereits damals gegen zwei BEWA-Mitarbeiter. Ein 8-Punkte-Plan des Landes sollte als Konsequenz hieraus die Missstände unter anderem in der Überprüfung der eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter beheben – in Burbach unter neuer Leitung, die das DRK vom vorherigen Betreiber European Homecare übernahm. Für die Sicherheit im Heim wurden weiterhin Mitarbeiter der BEWA beschäftigt. Wie die Welt am Sonntag bereits Anfang Juni berichtete, sollen die beschlossenen Überprüfungen kaum ordnungsgemäß abgelaufen sein, 4000 von 5000 Mitarbeiter von Einrichtungen in NRW hätten noch immer nicht ihr Führungszeugnis oder ihren Nachweis hinterlegt, der sie überhaupt für eine solche Tätigkeit berechtigt. Simone Brand, Integrationspolitische Sprecherin der NRW-Piratenfraktion, steht ebenfalls mit den Zeugen in Kontakt. Sie sagt: „Wenn sich die geschilderten Vorgänge bestätigen, dann bedeutet es das gänzliche Versagen vom Innenministerium“.

Auch der Mitarbeiter der Bezirksregierung, dessen Stelle sich an der betreffenden Erstaufnahmeeinrichtung Burbach befindet, sieht das so. Vereinbarte Standards und Verträge seien nicht eingehalten worden, Berichte aus Burbach unter anderem an das Parlament seien beschönigt gewesen. Auch deshalb habe er Anfang Juni Anzeige erstattet – weil sich die Zustände trotz seines Drängens, wie er berichtet, nicht wirklich gebessert haben. Ein stellvertretender Betreuungsleiter habe

jedoch wegen eines Verhältnisses zu einer geflüchteten Frau in der jüngeren Vergangenheit immerhin seine Stelle verloren. Nun fürchtet der Mitarbeiter selber Konsequenzen. Auf Nachfrage heißt es bei der Bezirksregierung Arnsberg, man habe eine „Task Force“ eingerichtet, die Befragung der eigenen Mitarbeiter hätte bislang die Vorwürfe aber nicht bestätigt: „Wir können jedoch nur dann aktiv werden, wenn uns Bewohner oder Mitarbeiter auf Missstände hinweisen und auf Nachfragen unserer Mitarbeiter offen antworten“.

Bezirksregierung Arnsberg sagt:

28. Juni 2016 um 9:40

Guten Tag Frau Klein,

Wie wir Ihnen bereits gestern mitgeteilt haben, haben wir natürlich nicht nur mit unseren eigenen Mitarbeitern gesprochen, sondern auch mit Mitarbeitern des Betreuungsverbandes, des Sicherheitsdienstes und – und das ist besonders relevant – mit den Bewohnern der Einrichtung in Burbach.

Wir können an dieser Stelle auch nur noch einmal alle Menschen, die etwas zur Aufklärung dieser schweren Vorwürfe beitragen können, darum bitten, sich mit der Polizei und uns in Verbindung zu setzen. Es braucht sich niemand vor Konsequenzen zu fürchten. Der Schutz und die Sicherheit der geflüchteten Menschen, aber auch aller Mitarbeiter, die uns gegenüber Missstände aufdecken können, hat für uns oberste Priorität.

Grüße,

Benjamin Hahn

Pressesprecher

Bezirksregierung Arnsberg

jungleword 28. Juni 2016, 13.52 Uhr:

Thomas von der Osten-Sacken

Burbach again

von Thomas von der Osten-Sacken

Sexuelle Übergriffe durch Mitarbeiter auf Frauen in NRW-Flüchtlingsheim?

Gastbeitrag von Jana Klein

Schwere Vorwürfe werden gegen Mitarbeiter eines Burbacher Flüchtlingsheims erhoben. Diese sollen alleinstehende Frauen systematisch sexuell ausgebeutet und teilweise auch vergewaltigt haben. Die Männer vom DRK und der Security-Firma BEWA haben zu diesem Zweck mutmaßlich extra Räumlichkeiten in der Nähe der Unterkunft angemietet. Der Polizei liegen entsprechende Anzeigen vor, sie ermittelt seit Anfang Juni am Heim. Vonseiten der Siegener Staatsanwaltschaft heißt es, man beschäftige sich gegenwärtig mit möglichen Sexualdelikten.

An die Öffentlichkeit sind die Vorwürfe nun gelangt, weil zwei Zeugen im Heim von Mitarbeitern mutmaßlich wegen ihrer Zeugenaussagen schikaniert worden waren. Zu ihrem eigenen Schutze sind sie dann von einem eingeweihten Mitarbeiter der zuständigen Bezirksregierung in ein Heim in Bonn Muffendorf verlegt worden, in dem aber ebenfalls die BEWA engagiert ist. Die Security dort schmiss laut Aussage gegenüber dieser Zeitung die beiden jungen Albaner kurzerhand mit der Begründung am nächsten Morgen wieder heraus, sie hätten „Stress mit den Kollegen in Burbach“. Über die lokale Initiative Refugees Welcome Bonn e.V., die den beiden Männern dann privat eine Unterkunft verschaffte, kamen die Anschuldigungen nun ans Licht. Die Friedrichs Wilhelm konnte die zwei Asylbewerber und zwei Mitarbeiter aus Burbach ausführlich befragen. Im Vorlauf hatte sich der Bedienstete der Bezirksregierung, der schließlich bei der Polizei die Ermittlungen ins Rollen gebracht

hatte, zunächst an die Piraten-Fraktion im Landtag NRW gewandt. Er berichtet, dass unter Anderem die Existenz der privaten Anmietung auf dem ehemaligen Kasernengelände zu besagtem Zweck unter den Mitarbeitern der Unterkunft bekannt gewesen sei. Entsprechend muss es ein größeres Netzwerk aus Tätern und Mitwissenden gegeben haben, die die nun vorgeworfenen Taten deckten bzw. sie duldeten, sollten die Vorwürfe sich bewahrheiten.

Diese indes haben es in sich: Mitarbeiter vom Deutschen Roten Kreuz und der BEWA sollen, laut Zeugenaussagen, mit alleinstehenden Frauen ein- und ausgegangen sein, sie beständig mit Alkohol versorgt und mit ihnen Geschlechtsverkehr gehabt haben. Der Verdacht steht im Raum, dass den Frauen unter Anderem Versprechungen hinsichtlich ihres Asylverfahrens gemacht worden sind. In einem anderen Fall will ein Zeuge heimlich beobachtet haben, wie eine junge Frau nach dem Konsum von von Mitarbeitern mitgebrachten alkoholischen Getränken plötzlich zu Boden gestürzt ist. Als er in die Situation eingreifen wollte, hätten ihn die Mitarbeiter von der Frau abgeschirmt und ihm Konsequenzen angedroht, wenn er darüber reden sollte. Zwei Tage sei die Frau dann fort gewesen, um dann völlig aufgelöst beim Zeugen im Zimmer wieder aufzutauchen – mit losen Erinnerungen an das, was man mit ihr angestellt hatte. Sie will völlig entkleidet in einer anderen Unterkunft zu sich gekommen sein, die Täter sollen sie dann eingeschüchtert haben, nicht über den Vorfall zu sprechen. Weitere solcher Angriffe könnten womöglich im Zuge der Ermittlungen aufgedeckt werden. Inwiefern falsche Versprechungen gegen Geschlechtsverkehr strafbar sind, wäre von einem Gericht im Einzelfall aufzuklären.

Die neuen Vorwürfe werden fast zwei Jahre, nachdem zuletzt im Kreis Siegen Sicherheitskräfte Übergriffe auf Geflüchtete begangen und damit einen Skandal ausgelöst hatten, laut. Im Gedächtnis geblieben ist etwa das Video, das einen Geflüchteten zeigt, der von Securitys dazu gezwungen wird, sich auf eine Matratze mit Erbochenem zu legen. Auf einem Handyfoto war zu sehen, wie ein Mitarbeiter einem am Boden gefesselten Flüchtling seinen Stiefel in den Nacken drückt. Schon damals erzählte ein Insider, in Burbach habe ein rechtsfreier Raum geherrscht. In Bad Berleburg, ebenfalls bei Siegen, richteten sich Vorwürfe bereits damals gegen zwei BEWA-Mitarbeiter. Ein 8-Punkte-Plan des Landes sollte als Konsequenz hieraus die Missstände unter Anderem in der Überprüfung der eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter beheben – in Burbach unter neuer Leitung, die das DRK vom vorherigen Betreiber European Homecare übernahm. Für die Sicherheit im Heim wurden weiterhin Mitarbeiter der BEWA beschäftigt. Wie die Welt am Sonntag bereits Anfang Juni berichtete, sollen die beschlossenen Überprüfungen kaum ordnungsgemäß abgelaufen sein, 4000 von 5000 Mitarbeiter von Einrichtungen in NRW hätten noch immer nicht ihr Führungszeugnis oder ihren Nachweis hinterlegt, der sie überhaupt für eine solche Tätigkeit berechtigt. Simone Brand, Integrationspolitische Sprecherin der NRW-Piratenfraktion, steht ebenfalls mit den Zeugen in Kontakt. Sie sagt: „Wenn sich die geschilderten Vorgänge bestätigen, dann bedeutet es das gänzliche Versagen vom Innenministerium“.

Auch der Mitarbeiter der Bezirksregierung, dessen Stelle sich an der betreffenden Erstaufnahmeeinrichtung Burbach befindet, sieht das so. Vereinbarte Standards und Verträge seien nicht eingehalten worden, Berichte aus Burbach unter Anderem an das Parlament seien beschönigt gewesen. Auch deshalb habe er Anfang Juni Anzeige erstattet – weil sich die Zustände trotz seines Drängens, wie er berichtet, nicht wirklich gebessert haben. Ein stellvertretender Betreuungsleiter habe jedoch wegen eines Verhältnisses zu einer geflüchteten Frau in der jüngeren Vergangenheit immerhin seine Stelle verloren. Nun fürchtet der Mitarbeiter selber Konsequenzen. Auf Nachfrage heißt es bei der Bezirksregierung Arnsberg, man habe eine „Task Force“ eingerichtet, die Befragung der eigenen Mitarbeiter hätte bislang die Vorwürfe aber nicht bestätigt: „Wir können jedoch nur dann aktiv werden, wenn uns Bewohner oder Mitarbeiter auf Missstände hinweisen und auf Nachfragen unserer Mitarbeiter offen antworten“.

Zuerst veröffentlicht in [Friedrichs Wilhelm Stadt- und Studierendenzzeitung](#)

Das eigentliche Geschehen soll sich außerhalb der Zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge in Burbach (Foto) abgespielt haben: Räume in der ehemaligen Siegerlandkaserne sollen zwecks „sexueller Ausbeutung“ angemietet worden sein. Foto: tile

Flüchtlingsheim im Fokus

Burbach: Sexuelle Übergriffe?

Burbach. Gab es im Burbacher Flüchtlingsheim sexuelle Übergriffe? Eine „Taskforce“ der Bezirksregierung kann die Vorwürfe bislang nicht bestätigen, das DRK sieht keinerlei Anhaltspunkte. ch/tile/sz- Die Staatsanwaltschaft Siegen ermittelt, Arnsberg hat eine „Taskforce“ eingerichtet: Justiz und Bezirksregierung gehen der Sache auf den Grund, ob es in der Burbacher Zentralen Unterbringungseinrichtung für Asylsuchende sexuelle Übergriffe auf Flüchtlingsfrauen oder gar eine Vergewaltigung gegeben hat.

„Systematische sexuelle Ausbeutung“?

Die Vorwürfe wiegen schwer, die Fragezeichen jedoch sind zugleich sehr groß: Bei der Polizei liegen seit Anfang Juni Anzeigen gegen Mitarbeiter des DRK-Landesverbandes und der Sicherheitsfirma „Bewa Security“ vor; sie sollen laut den Aussagen zweier Albaner, die inzwischen nicht mehr in der Einrichtung auf der Lipper Höhe untergebracht sind, Räume in der Nähe der Unterkunft im Gewerbepark Siegerland angemietet und dort mit alleinstehenden Flüchtlingsfrauen Alkohol konsumiert und Geschlechtsverkehr gehabt haben. Und das keineswegs „eilvernehmlich“: In diesem Zusammenhang habe es die sexuellen Übergriffe gegeben. Ein Mitarbeiter der Bezirksregierung – ein Dolmetscher –, der offenbar die Polizei eingeschaltet hat, geht noch einen Schritt weiter und spricht Dritten gegenüber von „systematischer sexueller Ausbeutung“. Oberstaatsanwalt Johannes Daheim bestätigte der SZ gegenüber bloß, dass in drei Fällen ermittelt werde, zur Sache selbst sagte er nichts – fast nichts: „In einem Fall ist eine Frau vernommen worden, sie sagte aus, dass an den Vorwürfen nichts daran ist. Zu den weiteren Fällen liegen noch keinen Ermittlungsergebnisse vor, wir arbeiten dran“, so Daheim, der betonte, dass man sich in einem „sehr frühen Stadium“ der Ermittlung befinde.

Bezirksregierung richtete Taskforce ein

Eben weil die Anschuldigungen derart schwer wögen, da ein massives Fehlverhalten einzelner Personen unterstellt werde, „hat die Bezirksregierung Arnsberg unmittelbar reagiert und am 8. Juni eine Taskforce zur Überprüfung der Vorwürfe in die Landeseinrichtung entsandt“, hieß es am Montag aus Arnsberg. Man nehme die Vorwürfe gegenüber Mitarbeitern des Betreuungsverbandes und des Sicherheitsdienstes in der Erstaufnahmeeinrichtung Burbach „sehr ernst“, schreibt die Bezirksregierung in einer Stellungnahme.

Taskforce hofft auf Zeugen aus der Burbacher Unterkunft

Bei der „Taskforce“ handelt es sich um eine eigenständige Kontrollgruppe der Bezirksregierung, sie soll die erhobenen Vorwürfe prüfen und im Fall der Fälle aufklären. Der Stand der Dinge: „Bei der Befragung der Mitarbeiter des Betreuungsverbandes, des Sicherheitsdienstes und der Bewohner konnten die erhobenen Vorwürfe bisher nicht bestätigt werden.“ Dann der Nachsatz: Die Bezirksregierung könne jedoch nur dann aktiv werden, wenn Bewohner oder Mitarbeiter auf Missstände hinweisen und auf Nachfragen von Arnsberg offen antworten – „aus diesem Grund möchten wir Zeugen der Vorgänge bitten, sich mit uns und der Polizei in Verbindung zu setzen!“

Mitarbeiter noch im Flüchtlingsheim beschäftigt

Auch das DRK ist aktiv geworden. Den DRK-Betreuungsdiensten Westfalen-Lippe seien die angeblichen Vorgänge seit Anfang Juni bekannt, erklärte Rot-Kreuz-Sprecherin Ina Ludwig. „Im Zuge dessen wurden nach unserem aktuellen Kenntnisstand auch zwei Mitarbeiter des DRK durch die Polizei vernommen. Um die laufenden Ermittlungen nicht zu beeinträchtigen, können wir keine näheren Angaben machen“, so Ludwig weiter, die für ihre Einrichtung hinterher schob, „dass wir den Vorwurf ‚massiver sexueller Übergriffe‘ durch unsere Mitarbeiter ausdrücklich dementieren!“ Die betroffenen Mitarbeiter seien noch immer in der ehemaligen Siegerlandkaserne auf der Lipper Höhe

beschäftigt, „denn nach unserem aktuellen Kenntnisstand und nach internen Befragungen gibt es nach unserem Ermessen bislang keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Anschuldigungen gerechtfertigt sind“.

Erweitertes Führungszeugnis in Burbach Pflicht

Auch das DRK nehme das Thema Sicherheit „äußerst ernst“. So habe man speziell für besonders „schutzbedürftige Personen“ – wie z. B. alleinreisende Frauen, Kinder und Jugendliche – separate Wohnbereiche als Schutzraum und Rückzugsmöglichkeit eingerichtet. Alle DRK-Mitarbeiter, die in den Flüchtlingsunterkünften arbeiten, seien verpflichtet, ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis beizubringen. Und, so Ina Ludwig: „Wir arbeiten eng mit dem Sicherheitsdienst der Einrichtung zusammen. Dieser ist sowohl tagsüber als auch nachts stets präsent und überwacht insbesondere die Bereiche für schutzbedürftige Gäste.“

WDR Nachrichten 28.06.2016, 17:44

Vorwurf: sexueller Missbrauch in Flüchtlingsunterkunft

Burbach<http://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/vorwurf-sexueller-missbrauch-fluechtlingsunterkunft-burbach-100.html>

Die Staatsanwaltschaft Siegen prüft, ob Mitarbeiter in der Burbacher Flüchtlingsunterkunft Frauen sexuell missbraucht haben.

Die bisherigen Ermittlungen scheinen das aber nicht zu bestätigen, teilte die Staatsanwaltschaft Siegen mit. Sie hat eine Frau befragt, die angeblich Opfer der sexuellen Übergriffe geworden ist. Sie hat die Vorwürfe allerdings nicht bestätigt. Auch das Deutsche Rote Kreuz als Betreiber der Unterkunft dementiert angebliche Übergriffe.

Recherchen des WDR haben ergeben, dass den beiden albanischen Brüdern, die die Vorwürfe erhoben haben, selbst Straftaten zur Last gelegt werden. Nach Auskunft von Mitarbeitern der Unterkunft geht es um rund 30 Diebstahlsdelikte. Die Brüder sollen abgeschoben werden.

Refugees welcome bonn 10. Juli 2016

Neues zu den Zuständen im Flüchtlingslager Burbach

Nachdem wir am Montag, 27. Juni, bereits ein detailliertes Protokoll über die Aussagen zweier Geflüchteter aus der Flüchtlingsunterkunft in Burbach veröffentlicht hatten, in dem diese schwere Anschuldigungen gegenüber Mitarbeitern besagter Unterkunft erhoben haben ([siehe hier](#)), folgt hier nun ein weiterer Bericht über die Entwicklungen und Erkenntnisse, die sich im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichts ergaben.

Wir halten die Zeugen weiterhin für glaubwürdig und die Reaktionen aus Burbach und teilweise auch der Bezirksregierung scheinen diese Annahme weiter zu untermauern. Die Zeugen werden derzeit weiter privat untergebracht, da sich die Bezirksregierung trotz eines bereits vor über einer Woche an sie gerichteten Antrags der Anwältin, die die beiden Zeugen mittlerweile vertritt, bisher nicht in der Pflicht zu sehen scheint, für eine angemessene Unterbringung während der laufenden Ermittlungen zu sorgen. Dies steht im deutlichen **Widerspruch zum mehrfach und nachdrücklich betonten Aufklärungswillen seitens der Bezirksregierung und lässt starke Zweifel an deren Aufrichtigkeit aufkommen.**

Im Folgenden soll eine möglichst chronologische Abfolge dessen geliefert werden, was nach der ersten Veröffentlichung der Zeugenaussagen geschah.

Bereits kurz nachdem wir die Berichte auf unserer Website öffentlich zugänglich gemacht hatten, regte sich ein gewisses Medieninteresse an dem Fall und auch die Bezirksregierung nahm von sich aus Kontakt zu uns auf. Nachdem interessierte JournalistInnen mit Nachfragen zu unseren Erfahrungen mit den beiden Zeugen sowie dem Mitarbeiter der Bezirksregierung, der die ersten Ermittlungen durch eine Anzeige bei der Polizei veranlasst hatte, an uns herangetreten waren, wurden ihnen gegenüber aus

der Burbacher Einrichtung heraus **Äußerungen getätigt, die die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen sowie des Mitarbeiters der Bezirksregierung in starke Zweifel zogen**. So wurde etwa behauptet, dass der Mitarbeiter der Bezirksregierung (im vorherigen Bericht als Herr X. bezeichnet) bereits seit Wochen suspendiert oder zwangsversetzt sei und er sich wohl daher mit seiner Anzeige rächen wolle. Alle Anschuldigungen seitens der Zeugen würden jeglicher Grundlage entbehren, die beiden Zeugen seien in organisierte kriminelle Aktivitäten verstrickt und wollten mit den jetzigen Anschuldigungen bloß ihren Kopf aus der Schlinge ziehen und ihren Aufenthalt in Deutschland angesichts eines negativ verlaufenen Asylbegehrens verlängern. Auch ließ die Bezirksregierung in einer offiziellen Stellungnahme verlautbaren, dass die Ermittlungen ihrer hauseigenen „Taskforce“ ergebnislos geblieben seien.

Diese ersten Reaktionen führten u.a. zu zwei wirklich nur als tendenziös zu bezeichnenden Artikeln in der „Siegener Zeitung“, wo u.a. der Bewa-Chef lang und breit erklären durfte, dass an den Vorwürfen nichts dran sei. Zudem malte auch er die beiden Zeugen in einem äußerst negativen Licht. Der WDR berichtete in einem Onlineartikel, den Beiden würden laut Mitarbeitern der Burbacher Unterkunft um die 30 Diebstähle zu Last gelegt. In einem Fernsehbeitrag der Lokalzeit Siegen kam der Ehrenamtskoordinator und ehemalige Siegener Polizist Herr Ginsberg ausführlich zu Wort, der sich sehr negativ über die beiden Zeugen äußerte und nahlegte, dass sie mit den Anschuldigungen den Zweck verfolgen könnten, ihre bevorstehende Abschiebung hinauszuzögern.

Die Behauptung, dass den Zeugen rund 30 Diebstahlsdelikte zur Last gelegt würden, ließ sich auf Anfrage der die beiden vertretenden Anwältin bislang zumindest nicht bestätigen. Die Behauptung, Herr X. sei seit Wochen versetzt oder suspendiert, stellte sich nach kurzer Recherche als Falschinformation heraus. Ein Pressesprecher der Bezirksregierung bestätigte auf Nachfrage, dass dem nicht so sei.

Hier stellt sich die Frage, warum offenkundige Lügen ins Feld geführt werden, um die Glaubwürdigkeit derjenigen zu unterminieren, deren Anschuldigungen angeblich jeglicher Grundlage entbehren würden.

Nach der Veröffentlichung unseres ersten Textes erlangten wir Kenntnis darüber, **dass in zahlreichen vom DRK betriebenen Flüchtlingsheimen die Sicherheitsfirma Bewa tätig sei. Das DRK als Betreiber der Heime vergibt die Aufträge für die Sicherheitsdienste selbst. Es wurde die Vermutung geäußert, dass die Beauftragung der Bewa systematisch geschehe**. Außerdem wurden wir auf den uns bis dato nicht bekannten Umstand aufmerksam, dass es einige bemerkenswerte **personelle Überschneidungen zwischen Bewa und DRK gibt**: So war etwa der jetzige DRK-Leiter der Burbacher Unterkunft, Herr H., der auch in unserem ersten Bericht kurz auftaucht, zuvor der stellvertretende Bewa-Objektleiter in einer anderen Unterkunft. Der jetzige stellvertretende DRK-Leiter in Burbach ist der ehemalige Bewa-Objektleiter einer Unterkunft. Außer diesen beiden uns bekannten Personalien soll es noch weitere dieser Art geben, was die **Frage aufwirft, ob die enge personelle Nähe zwischen Bewa und DRK in einem Zusammenhang mit der Vergabe der Aufträge an das Sicherheitsunternehmen steht**. Die Bezirksregierung wollte sich auf die Nachfrage, ob ihr diese Umstände bekannt seien, nicht äußern. Stattdessen äußerte sich ein Sprecher der Bezirksregierung in einem Telefonat mit uns dahingehend, dass wir, wenn uns denn an einer Aufklärung der erhobenen Anschuldigungen gelegen sei, uns doch direkt an die Bezirksregierung und nicht an die Öffentlichkeit hätten wenden sollen.

Außer den o.g. engen personellen Verflechtungen zwischen DRK und Bewa bekamen wir auch Hinweise darauf, dass an die Bezirksregierung gerichtete Beschwerden etwa über das Verhalten von Sicherheitsbediensteten in der Vergangenheit unbeantwortet blieben und dass **dem DRK gemeldete Beschwerden etwa über rassistische Äußerungen von Sicherheitsbediensteten der Bewa mit der Aussage begegnet worden sei, dass dies keinesfalls „nach außen“ gelangen dürfe: Weitere Indizien dafür, dass es mit dem erklärten Aufklärungswillen möglicherweise nicht allzu weit her ist**. Zur Erinnerung: Die hier nun in Frage stehenden Sachverhalte wurden sowohl der Polizei als auch der Bezirksregierung bereits Anfang Juni angezeigt, am 8. Juni bereits habe die „Taskforce“ der Bezirksregierung mit ihren Ermittlungen begonnen.

Im Zusammenhang mit den Übergriffen, Körperverletzungen und Freiheitsberaubungen durch Sicherheitsbedienstete in Burbach 2014 laufen immer noch Ermittlungen gegen 52 Personen, darunter Sicherheitsbedienstete, Mitarbeiter der Bezirksregierung sowie Polizeibeamte.

Während die Bezirksregierung als Reaktion auf die 2014 bekannt gewordenen Übergriffe damals noch vollmundig verlauten ließ, dass ab sofort strenge Standards für in Flüchtlingsunterkünften beschäftigte Sicherheitsbedienstete gelten sollten ([siehe hier](#)), legt ein Presseartikel aus der Welt vom 9. Juni nahe, dass dies mitnichten der Fall sei ([siehe hier](#)).

Aufgrund der oben beschriebenen Umstände entsteht mittlerweile zunehmend der Verdacht, dass es ohne den Druck einer kritischen Öffentlichkeit nicht zu einer Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe kommen wird. Auch vom Ausgang der Ermittlungen bezüglich der mutmaßlichen Entführung und Vergewaltigung einer Geflüchteten durch Sicherheitsbedienstete in Burbach abgesehen, ergibt sich uns ein äußerst desolates Bild der dortigen Zustände.

ruhrbarone 12. Juli 2016 | Von Jana Klein

Burbach: Sexuelle Angriffe und Vertuschung

In einem Burbacher Flüchtlingsheim soll es zu schweren und systematischen sexuellen Übergriffen und dem Einsatz von K.O.-Tropfen gegen Asylbewerberinnen gekommen sein. Nun werden augenscheinlich Zeugen diskreditiert, Mitarbeiter mauern gegenüber der Polizei und der „Task Force“ der Bezirksregierung.

Die [Ende Juni an die Öffentlichkeit gelangten Vorwürfe](#), wonach Mitarbeiter des DRK und der BEWA-Security in einem Burbacher Flüchtlingsheim Frauen [sexuell angegriffen haben sollen](#), sind von den beteiligten Organisationen zurückgewiesen worden. Bereits seit Anfang Juni ermitteln Polizei und eine von der zuständigen Bezirksregierung eingesetzte Task Force. Dabei habe sich der Verdacht bislang nicht bestätigen lassen, alle Befragten hätten ihn zurückgewiesen. Dass Security-Mitarbeiter und Angestellte des DRK alleinstehende Frauen mit Alkohol versorgt, mit ihnen verkehrt haben sollen und es in diesem Zusammenhang auch zu Geschlechtsverkehr gekommen sei, wollte niemand bestätigen. Dabei steht der Verdacht im Raum, dass die Frauen unter anderem unter falschen Versprechungen hinsichtlich des Asylverfahrens zum Mitmachen bewegt wurden. In einem anderen Fall geht es um die Entführung einer Frau über zwei Tage mithilfe von K.O.-Tropfen.

Die Vorwürfe stützen sich maßgeblich auf zwei albanische Asylbewerber, die der Polizei gegenüber ihre Beobachtungen geschildert hatten und die, laut Eigenangabe, danach aus dem Heim gedrängt worden und schließlich in Bonn gestrandet sind. Unterstützt werden diese und andere Beobachtungen durch Aussagen eines Mitarbeiters der Bezirksregierung im Burbacher Heim sowie durch einen dort tätigen Dolmetscher. Alle beteiligten schilderten ihre Erlebnisse aus Burbach auch gegenüber den Ruhrbaronen. Einer der albanischen Asylbewerber ist zudem unmittelbarer Zeuge des Angriffs, der mutmaßlich mit K.O.-Tropfen ausgeführt worden ist.

Das DRK, das die Einrichtung seit der Übernahme des Skandalbetreibers European Homecare verwaltet, dementiert in einer schriftlichen Stellungnahme die Vorwürfe ausdrücklich, auch die Bezirksregierung und BEWA äußern sich in diese Richtung. Doch statt es dabei zu belassen, wurden vonseiten eingesetzter Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtung Vorwürfe an die Zeugen laut, die diese offenkundig diskreditieren sollten. So hieß es zwischenzeitlich, der von der Bezirksregierung Arnberg ins Heim entsandte Bedienstete, der mit seiner Anzeige das Verfahren ins Rollen brachte, sei seit längerem suspendiert, handele aus verletzter Eitelkeit – eine Unterstellung, die sich auf Nachfrage bei der Bezirksregierung als falsch herausstellte. Ein freiwilliger Helfer im Heim führte vor der Kamera der WDR-Lokalzeit aus, die beiden albanischen Zeugen wollten nur ihre anstehende Abschiebung verzögern und hätten im Heim für Stress gesorgt, seien straffällig gewesen. Eine andere Behauptung von Mitarbeitern der Einrichtung besagt, gegen die Zeugen lägen etwa 30 Verfahren wegen Eigentumsdelikten vor – ein [Gerücht, das sogar der WDR im Internet als Tatsache hinstellt](#).

Nach Informationen, die den Ruhrbaronen vorliegen, gab es nach Beginn der Ermittlungen mehrfach den Versuch durch eine leitende Angestellte der Bezirksregierung und der Heimsecurity, den Albanern Straftaten unterzujubeln. In einem Fall wurde ein betrunkenen Asylbewerber ins Krankenhaus eingeliefert und einem Zeugen dann unterstellt, ihn beim gemeinsamen Zechen verprügelt zu haben. In einem anderen Fall sperrte man den Zeugen laut Eigenangabe von außen in das Büro der Angestellten, getrennt von seinem Koffer, rief dann die Polizei und ließ sie die Koffer durchsuchen. Diese fand dann

prompt dutzende SIM-Karten. Doch in keinem der Fälle nahm die Polizei etwa Aussagen auf – der Mann im Krankenhaus war unverletzt, die SIM-Karten abgelaufen. Am Morgen nach der unterstellten Körperverletzung, einem Sonntag, wurde kurzfristig ein Transfer des Zeugen angeordnet. Da dieser sich weigerte, wurde erneut die Polizei herbei gerufen. Diese stellte jedoch vor Ort fest, dass gar keine Rechtsgrundlage für einen solchen Transfer vorliege. Diese drei von den beiden albanischen Zeugen angegebenen und von einem weiteren Zeugen gestützten Polizeieinsätze wollten jedoch Polizei und Staatsanwaltschaft nicht bestätigen. Diese schoben sich zunächst gegenseitig die Auskunftskompetenz zu. Auf Nachfrage bei der Kriminalpolizei wurde einer nun eingeschalteten Anwältin mitgeteilt, dass an den angeblichen 30 Verfahren nichts dran sei, das Ausrücken der Kollegen wegen der vorgeworfenen Körperverletzung bestätigt. Wegen Diebstahls aber, etwa in Bezug auf die entdeckten SIM-Karten, werde gar nicht ermittelt. Die Anwältin sagt, gerade Albaner würden mitunter schon bei Vorlage eines einzelnen Verfahrens in Haft genommen. Asylsuchende aus dem Balkanraum gelten oft als „schlechte“ Ausländer und werden gern etwa gegen die „guten Syrer“ ausgespielt, Albanien gilt zudem als „sicherer Herkunftsstaat“.

Dass BEWA und DRK nun mauern, dürfte nicht nur daran liegen, dass sich die Vorwürfe der systematischen sexuellen Ausbeutung gegen ihre jeweiligen Mitarbeiter richten. Nach vorliegenden Informationen sind beide Organisationen auch personell vor Ort eng verbandelt. So ist der gegenwärtige Leiter des DRK in der Einrichtung bis April noch stellvertretender BEWA-Leiter in einem Heim in Olpe gewesen. Der gegenwärtig stellvertretende Leiter des DRK in Burbach soll früher Objektleiter der BEWA ebenfalls in Olpe gewesen sein. Nach Aussage des Albaners, der den Angriff mit K.O.-Tropfen bezeugt, wurde er nach seinem Termin bei der Kriminalpolizei Anfang Juni zurück im Heim ins Büro bestellt – und dort von der leitenden Angestellten der Bezirksregierung und eben diesem DRK-Leiter unter Druck gesetzt, ihnen zu offenbaren, was er der Polizei erzählt hatte. Nachdem er sich, wie auf der Wache geraten, weigerte, fingten die genannten Schikanen an. Zwar richten sich die Vorwürfe, wonach es zu sexuellen Kontakten zwischen Frauen und Mitarbeitern gekommen wäre, in der Hauptsache gegen BEWA-Angestellte, doch war bereits Ende 2015 auch der stellvertretende DRK-Leiter offensichtlich in solche Vorgänge verwickelt: nach Bekanntwerden eines Verhältnisses zu einer Asylbewerberin musste er seinen Posten räumen. Ein Ehrenämter gibt an, seine schriftlichen Beschwerden bei der Bezirksregierung über die eingesetzte Security seien unbeantwortet geblieben, wofür er einen entsprechenden Screenshot mitlieferte. Ein DRK-Mitarbeiter sei beim Versuch, seine Eindrücke der DRK-Zentrale zu schildern, abgewiesen worden. Außerdem berichten insgesamt vier Zeugen übereinstimmend, die beiden Albaner seien nach Verlassen des Burbacher Heims von Sicherheitskräften in privaten PKWs über Kilometer verfolgt und beschattet worden.

Bereits im Herbst 2014 hatte die Anlage in Burbach für Schlagzeilen gesorgt, unter anderem durch das Foto eines Securitys, der einem gefesselten, auf dem Boden liegenden Mann den Stiefel in den Nacken stellte. In diesem Zusammenhang stellte die Staatsanwaltschaft Siegen Ermittlungen gegen insgesamt 52 Personen an, darunter nicht nur Mitarbeiter von Heimleitung und Security, sondern auch Polizeibeamte. Die Ermittlungen sind noch immer nicht zu Ergebnissen gelangt, 270 Sachverhalte würden derzeit überprüft. Auf ein sogenanntes „Problemzimmer“ in der Anlage, in das Flüchtlinge eingesperrt worden waren, entfallen 128 der 270 Sachverhalte. Bei den nun aufgetauchten Vorwürfen spielt wieder eine besondere Räumlichkeit eine zentrale Rolle – für den Kontakt zwischen Mitarbeitern und asylsuchenden Frauen soll eine privat angemietete Wohnung auf dem selben Gelände der ehemaligen Kaserne verwendet worden sein. Der oben genannte Ehrenämter vor der WDR-Kamera, der die Glaubwürdigkeit der Zeugen in Frage stellte, wurde im Mai 2015 für sein Engagement im Heim geehrt. In einem Artikel über die Auszeichnung heißt es, er habe es in der Einrichtung zum Koordinator der Arbeit der Ehrenämter gebracht und arbeite hierzu mit der Heimleitung des DRK zusammen. Der Mann, dessen Wirkensgrundlage sein „christlicher Glaube“ sei, ist ehemaliger Polizeibeamter.

Benjamin Kowitzke von Refugees Welcome Bonn e.V., der mit den Zeugen in Kontakt steht und diese betreut, hält die Vorwürfe für glaubwürdig, bisher hätten sich keine Widersprüche ergeben. Zum strukturellen Problem sagt er: „Solange Menschen in großer Not in abgelegenen Lagern eingepfercht werden, wird es immer wieder andere geben, die diese Notlage ausnutzen“. Ihm gegenüber haben sich Insider via Mail, wie die Ruhrbarone einsehen konnten, und via Telefon nach einer Stellungnahme seines Vereins gemeldet und die Eindrücke, die sich von der Anlage in Burbach bisher ergeben hatten, bestätigt. Viele konnten sich gut vorstellen, dass an den Vorwürfen etwas dran sei.

Langenohl besucht Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach

Gerne folgte ich der Einladung des ver.di-Geschäftsführers Jürgen Weiskirch und informierte mich gemeinsam mit dem Vorstand des ver.di Bezirks Siegen-Olpe bei einem Besuch der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Burbach über die Unterkunft und das Engagement der dort arbeitenden Helferinnen und Helfer.

In Burbach ist inzwischen ein gutes Ergebnis von gemeinsamer Arbeit für die Schutzsuchenden aus den Krisengebieten entstanden. Ohne die wertvolle Hilfe und den großartigen Einsatz der Helferinnen und Helfer, die in den Hilfsorganisationen derzeit den Betrieb der Flüchtlingsunterkunft mit tragen, hätte eine solche Struktur nicht aufgebaut werden können.

Den Rundgang auf dem Gelände leitete Joe Mertens vom Verein für Soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. Den Schwerpunkt der Arbeit dieser Organisation bildet die Unterstützung von Zuwanderern und Menschen ohne deutschen Pass bei dem schwierigen Prozess der Integration in unsere Gesellschaft. Derzeit leben 250 Flüchtlinge in Burbach. Die Verweildauer sei insgesamt kurz, berichtete Joe Mertens. Die allgemeinen Rahmenbedingungen, insbesondere in Bezug auf die Registrierung und Erstuntersuchung, hätten sich verbessert. Ziel sei es, die Abwicklung der Formalien innerhalb einer Frist von sieben Tagen zu bewerkstelligen.

Die Gebäude in Burbach beherbergen insbesondere eine Sanitätsstation, einen Kindergarten und Jugendraum sowie einen Friseursalon. Die Flüchtlinge werden in die Arbeit mit eingebunden, sie beteiligen sich beispielsweise an der Betreuung im Kindergarten und helfen Neuankömmlingen, sich zurecht zu finden. Natürlich wird auch der großen Nachfrage der Bewohner an Sprach- und Integrationskursen Rechnung getragen.

Erstaufnahmeeinrichtung neuen Typs

Bei der EAE Siegen-Wittgenstein handelt es sich um eine Erstaufnahmeeinrichtung „neuen Typs“, mit einem Verfahren aus einer Hand und den Behörden vor Ort. Die Flüchtlinge werden registriert, gehen zur ärztlichen Untersuchung und dann zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wo sie ihren Asylantrag stellen können. Es befindet sich also nicht nur die Zentrale Unterbringungseinrichtung vor Ort. Die EAE des Kreises Siegen-Wittgenstein hat im Mai 2015 ihre Arbeit aufgenommen. Der Standort in Burbach ist für bis zu 500 Personen ausgelegt und wird ebenso wie der Standort in Bad Berleburg vom Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes betrieben. Die Registrierung der Flüchtlinge nimmt der Kreis Siegen-Wittgenstein im Auftrag des Landes in Dienststellen der Ausländerbehörden vor. Die Kosten für die Wahrnehmung aller Aufgaben übernimmt das Land NRW. Diejenigen, die die Behörden als Asylsuchende anerkennt, werden dann schließlich auf die verschiedenen Kommunen verteilt.

Die Einrichtung der EAE „neuen Typs“ resultiert als Konsequenz aus den Ereignissen in Burbach in den Jahren 2013 und 2014, wo nicht haltbare Zustände in der Notunterkunft herrschten und Übergriffe von Wachpersonal auf Flüchtlinge der traurige Höhepunkt der Fehlentwicklungen waren.

Gerade nach den Vorkommnissen in Burbach ist der eingeschlagene Weg mit Transparenz und der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten sicher ein wichtiger Faktor, um die notwendige Akzeptanz für die Einrichtung in der Bevölkerung zu schaffen. In jedem Fall ist man miteinander gut unterwegs. In Burbach werden viele der so wichtigen integrativen Elemente angeboten, denn Integration hat immer zwei Seiten: die Flüchtlinge sollen willkommen sein, aber auch unsere Werte und Kultur kennenlernen, anerkennen und wertschätzen. Das wird in Burbach gelebt und dazu beitragen, dass Integration auch nach der Zuweisung aus der Landeseinrichtung in die Kommune gelingen kann.

Kommentar d. Bearb.: kein Wort zu den hier dokumentierten Vorkommnissen!!!

Ruhrbarone 15. Juli 2016

Skandal um Burbacher Flüchtlingsheim: ziehen Rechte und Rocker die Strippen?

Von Jana Klein

Der Skandal um das Burbacher Flüchtlingsheim scheint sich auszuweiten. Mitarbeitern des DRK und der Security-Firma waren systematische sexuelle Übergriffe auf Frauen vorgeworfen worden. Neue Recherchen zeigen, dass hinter den Angeschuldigten ein rechtes Netzwerk aus Rockern steht.

Likes bei der NPD und rechten Verschwörungsseiten, Putin- und Russlandkitsch, ein einschlägiger Motorradclub – wer sich durch die Online-Profile von Mitarbeitern der BEWA-Security aus Siegen klickt, gerät schnell in einen Sumpf aus rechtsradikalem Gedankengut, ultramaskulinem Gepose und Bezügen zum Rocker-Milieu. Die Sicherheitsfirma, die in mehreren Flüchtlingsheimen Aufträge hält, gleitet nun erneut ins Schlaglicht. Gegen Mitarbeiter der Firma wird seit Anfang Juni ermittelt, weil der Verdacht im Raum steht, dass sie [Frauen in einem Flüchtlingsheim in Burbach systematisch sexuell ausgebeutet haben könnten](#), in einem Fall geht es um eine Entführung mithilfe von K.O.-Tropfen. Außerdem war zutage getreten, dass die Heimleitung, die das Deutsche Rote Kreuz 2014 vom Skandalbetreiber European Homecare übernommen hatte, mit ehemaligen BEWA-Mitarbeitern aus einem Nachbarheim besetzt ist. Diese Rotationspraxis scheint keine Ausnahme zu sein.

Die Bezirksregierung in Arnsberg, die mit einer „Task Force“ das Geschehen aufarbeitet, hatte eingeräumt, dass sie die Auswahl der Sicherheitsmitarbeiter nicht selber vornehme und prüfe, sondern dies der jeweils örtlichen Leitung überlasse. Wohl mit fatalen Konsequenzen: mehrere Mitarbeiter der Siegener Sicherheitsfirma stehen zusätzlich über die „Watchman True Brothers Crew“ zueinander in Verbindung, (wobei „Watchman“ mit „Wachmann“ bzw. „Wächter“ übersetzt werden kann), ein Motorradclub, der sich offiziell dem „Iron Order“-Motorradclub zurechnet. Dieser wiederum wurde 2004 in den USA gegründet und rekrutiert sich dort vornehmlich aus Mitarbeitern von Polizei, Justizvollzug, Sicherheit und Militär. Wie die Daily Mail etwa im Februar berichtete, lieferten sich Iron Order-Mitglieder z.B. in Denver eine Auseinandersetzung mit den rivalisierenden Mongols, bei der unter anderem ein feindlicher Rocker erschossen wurde. Es steht immer wieder der Verdacht im Raum, dass sich Iron-Order-Mitglieder über ihre Kontakte zur Polizei vor Strafverfolgung schützen.

Einem Mitarbeiter, der die BEWA im April verließ, Patrick N., gefällt die NPD, Mitarbeiter Sascha C. postet ein Foto seines mit einem Böhmisch-Motiv tätowierten Arm, Mitarbeiterin Tatjana B. verbreitet ein Posting von migrantenschreck.ru und huldigt Putin, Toni G. zeigt stolz eine Handfeuerwaffe, Marco H. teilt ein Bild seines neuen Motorrads und Alois M. scherzt in den Kommentaren: „Neuestes Einsatz Fahrzeug der Bewa. Marco putzt du nur oder fährst du auch.??“. M. beschwert sich: „Alle 2 Jahre kommen die Deutschland Fahnen raus WM oder EM und das sage und schreibe für genau 4 Wochen... DANACH GIBT ES DEUTSCHLAND NICHT MEHR...LIEBER VERLIEREN ALS KÄMPFEN...“, außerdem ist er Mitglied der Facebook-Gruppe „Biker und Triker gegen Gewalt von Flüchtlingen“. Pascal S. beschwert sich, dass er diese Woche 64,5 Stunden für die BEWA arbeiten musste und postet ansonsten gerne Biker-Content. Die Seite der Watchman True Brothers Crew wiederum teilt ein Posting von „Bündnis gegen Linksextremismus und Deutschenfeindlichkeit“, in dem es unter anderem heißt: „(...) Gabriel beschimpft uns als „Pack“ (...) und diese verkommenen Gestalten wollen UNS erzählen, was wir zu tun und zu lassen haben?“.

Bereits 2014 waren Mitarbeiter der BEWA bei Misshandlungsskandalen in Flüchtlingsheimen involviert. Am Dienstag hat es hierzu nun ein erstes Urteil gegeben. Ein Wachmann muss wegen Misshandlungen für 22 Monate ins Gefängnis, ein weiterer erhielt vor dem Amtsgericht Bad Berleburg eine Bewährungsstrafe. Die Kombination aus DRK-Leitung und BEWA-Security findet sich gleich in mehreren Heimen im Siegerland, so auch in Olpe, wo die jetzige Burbacher DRK-Leitung im Dienst der BEWA tätig gewesen ist. Ende 2015 musste der stellvertretende Objektleiter des DRK in Burbach seinen Posten räumen, weil er ein sexuelles Verhältnis zu einer geflüchteten Frau im Heim unterhalten hatte.

Im Nachgang der in Burbach erhobenen Vorwürfe hatte es mehrere Versuche gegeben, [Zeugen zu diskreditieren](#). So wurde mutmaßlich versucht, ihnen Straftaten wie Körperverletzung und Diebstahl anzuhängen. Dem WDR erzählten Mitarbeiter aus der Einrichtung, gegen zwei albanische Geflüchtete, die bei der Polizei ausgesagt hatten, lägen etwa 30 Vorwürfe betreffend Eigentumsdelikte vor – eine

Behauptung, die sich nachweislich als falsch herausgestellt hat, solche Vorgänge sind bei der Siegener Kriminalpolizei nicht aktenkundig. Die Vermutungen, bei den beiden albanischen Brüdern handele es sich um notorische Kriminelle, hatte zudem ein Ehrenämter der Anlage gegenüber der Kamera von WDR Lokalzeit gestützt. Der Mann wiederum arbeitet laut einem Artikel über eine Ehrung seiner Tätigkeit eng mit der DRK-Leitung des Heimes zusammen, koordiniert für sie die Freiwilligen – und war früher Polizeibeamter. Bei den Ermittlungen, die seit 2014 andauern und 270 Vorgänge im Burbacher Heim betreffen, stehen wiederum auch Polizeibeamte im Visier.

Im Verlauf der Recherchen zu diesem Artikel wurde [die Facebook-Seite der BEWA deaktiviert](#), Mitarbeiter löschten die Arbeitsplatz-Angabe von ihren privaten Profilen. Entsprechende Screenshots liegen vor.

WAZ 20.07.2016 | 19:17 Uhr
Flüchtlinge

Verfassungsschutz siebt dubiose Wachleute in Asylheimen aus

Seit 2014 haben Verfassungsschützer 155 Wachleute (hier in Symbolbild) ausgesiebt. Foto: Archiv/Funke Foto Services/Matthias Graben

Essen. Zwei Jahre nach den Gewaltscenes in einem Burbacher Flüchtlingsheim hat der NRW-Verfassungsschutz 5515 Wachleute überprüft – und ein paar ausgesiebt.

Knapp zwei Jahre, nachdem Bilder von misshandelten Flüchtlingen in einem Asylbewerberheim in Burbach bundesweit Entsetzen auslösten, veröffentlicht das NRW-Innenministerium erste Ergebnisse seiner verschärften Standards für private Sicherheitsfirmen. **Seit Oktober 2014 haben Verfassungsschützer 155 Wachleute ausgesiebt, die als nicht geeignet für die Arbeit in einem Landesheim gelten. Gründe können Gewalttaten oder Missbrauchsdelikte gewesen sein. Weitere 658 Mitarbeiter wurden vorläufig gesperrt, etwa weil sie ohne die Freigabe der Behörden im Einsatz waren.**

Der Verfassungsschutz hat in den zurückliegenden 21 Monaten 5515 Mitarbeiter über das polizeiliche Führungszeugnis hinaus überprüft. Zudem seien NRW-weit Kontrollteams in nicht näher benannter Anzahl im Einsatz. Dies sind zwei Aspekte des Acht-Punkte-Plans, mit dem das Land und die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Behörde für die Verteilung von Flüchtlingen 2014 auf die [Missbräuche durch Mitarbeiter eines Subunternehmens in Burbach](#) reagierten.

Subunternehmen wieder möglich

Anders als vor zwei Jahren vereinbart sind Subunternehmer aber auch künftig nicht von Ausschreibungen für Landeseinrichtungen auszuschließen. Nach Angaben der Bezirksregierung sei dies rechtlich nicht zu halten gewesen. Allerdings müsse eine Sicherheitsfirma bei der Bewerbung angeben, ob sie einen Subunternehmer beschäftigen will. „Dessen Mitarbeiter werden dann ebenfalls vom Verfassungsschutz geprüft.“ Ein Landesheim, in dem ein Subunternehmen beschäftigt wird, sei in Arnsberg aber nicht bekannt.

Auch die Bezirksregierung hat eine Taskforce in die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge geschickt. Betätigt hat sich der Verdacht bisher nicht.

Kritik gibt es von der Gewerkschaft Verdi, die den Acht-Punkte-Plan als „Alibi-Veranstaltung“ brandmarkt. „Wenn Subunternehmer weiter in Flüchtlingsheimen arbeiten könnten, sind wir keinen Schritt voran gekommen“, sagt Özay Tarim von Verdi NRW. Er kritisiert zudem, die Wachleute erhielten zu wenig Lohn und arbeiteten deutlich mehr als sie rechtlich dürften. Er nennt Beispiele von mehr als 320 Einsatzstunden im Monat.

Kritisch sieht der Flüchtlingsrat NRW, dass Wachpersonal geringere Sachkenntnisse vorweisen müssen als 2014 geplant. Sicherheitsleute sollten ursprünglich einen Sachkundenachweis vorweisen, nach dem sie auch Personen schützen dürfen. 2015 hat das Land diese Vorgabe aufgeweicht, weil die Flüchtlingszahlen sprunghaft angestiegen sind. Noch bis Jahresende **können auch solche Wachleute zum Einsatz kommen, die sich innerhalb einer Woche zum Objektschützer fortgebildet haben.**

Nachbesserungsbedarf sieht auch Alexander Bosch von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Es müsse sichergestellt werden, dass in den Heimen auch Personal arbeite, das zuvor geprüft worden ist. „Wir wissen von einem Fall **in Warendorf, bei dem Rechtsextreme unter Wachleuten nur durch Zufall bei einer Polizeikontrolle aufgefallen sind.**“

Stephanie Weltmann

Ruhrbarone 21. Juli 2016

Burbacher Asylunterkunft: Belegt Telefonmitschnitt Angriff mit K.O.-Tropfen?

Von Jana Klein

Telefonmitschnitt könnte Entführung mit K.O.-Tropfen belegen.

Im Skandal um die Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach ist ein Telefonmitschnitt aufgetaucht, der den mutmaßlichen Angriff mit K.O.-Tropfen zu belegen scheint. Gegen Mitarbeiter der Anlage waren Vorwürfe systematischer sexueller Ausbeutung erhoben worden, hinter Tätern und Mitwissern scheint ein rechter Motorradclub zu stehen.

In die Ermittlungen rund um das Flüchtlingsheim bei Siegen kommt erneut Bewegung. Ein mitgeschnittenes Telefongespräch zwischen einem Zeugen und der Betroffenen der mutmaßlichen Entführung mit K.O.-Tropfen ist von einer Anwältin ins Verfahren eingebracht worden. Auf der Aufnahme in albanischer Sprache ist zu hören, wie sich Zeuge und Opfer der Attacke über eine bevorstehende Aussage bei der Polizei unterhalten. Dabei spricht die Frau aus dem Kosovo immer wieder davon, dass sie sich von den Sicherheitskräften, aus deren Kreis die Täter stammen, eingeschüchtert fühle, sich an wenig erinnern könne und fürchte, dass eine Aussage Auswirkungen auf ihr Asylverfahren haben könnte. Die ermittelnde Staatsanwaltschaft in Siegen hatte die vor drei Wochen öffentlich gewordenen Vorwürfe bislang unter anderem mit dem Hinweis darauf als gänzlich unbestätigt eingeordnet, das mutmaßliche Opfer bestreite gegenüber der Polizei selber den Angriff. Die übersetzte Transkription der Aufnahme liegt den Ruhrbaronen vor.

Ende Juni war bekanntgeworden, dass gegen das DRK, das das Heim betreibt, und Mitarbeiter der eingesetzten **BEWA-Security wegen schwerwiegender Verfehlungen ermittelt wird. Sie sollen systematisch im Heim alleinstehende Frauen mit Alkohol versorgt und sexuell mit ihnen verkehrt haben, dazu sei auf dem Gelände der ehemaligen Kaserne extra eine private Räumlichkeit angemietet worden.** Es steht die Vermutung im Raum, dass sich die Frauen gegen falsche Versprechungen im Asylverfahren auf die Täter eingelassen haben könnten. In dem Fall, den der Telefonmitschnitt nun belegen soll, will das Opfer zwei Tage später völlig entkleidet in einem anderen Heim wieder zu sich gekommen sein, nachdem ihr K.O.-Tropfen ins Getränk gemischt worden waren. Der Angriff wurde von dem albanischen Zeugen, der auch auf der Aufnahme zu hören ist, laut Eigenaussage heimlich beobachtet. Beim Versuch, einzugreifen, sei er von der Security eingeschüchtert, die bewusstlose Frau dann in einem privaten PKW fortgeschafft worden.

Der Mitschnitt könnte nun als Indiz dafür gewertet werden, dass sich das mutmaßliche Opfer mit der Verleugnung des Angriffs bei der Polizei vor angedrohten Repressalien durch die Täter schützen wollte. Es befindet sich aber mittlerweile nicht mehr in einer durch die BEWA bewachten Einrichtung. **Auf der Aufnahme werden Täter und Täterinnen teilweise auch namentlich benannt. Diese sollen im Vorfeld des Angriffs, wie aus dem Gespräch hervorgeht, das Gerücht im Heim verbreitet haben, bei dem späteren Opfer handele es sich um eine Prostituierte. Gegen die beteiligten Zeugen waren in den letzten Wochen weitere Gerüchte und nachweisliche Falschbehauptungen auch in der Presse aufgetaucht.** Demnach solle es sich bei ihnen um Kriminelle gehandelt haben, die in dutzende Eigentumsdelikte verwickelt gewesen seien. Der Whistleblower aus dem Burbacher Heim, der die Aussagen stützt und die polizeilichen Ermittlungen ins Rollen gebracht hat, würde aus verletzter Eitelkeit handeln. Mutmaßlich hat es auch mehrere Versuche gegeben, den zwei albanischen Asylbewerbern, die die Vorwürfe bezeugen, Straftaten wie Diebstahl und Körperverletzung anzuhängen.

Die Aufnahme stammt laut Anrufprotokoll des Handys vom 12. Juni. Die Vorwürfe waren einige Tage zuvor durch eine Anzeige eines Mitarbeiters der Bezirksregierung Arnberg bei der Polizei bekanntgeworden. **Zusätzlich wirft er dem DRK, das die Einrichtung betreibt, systematisches Unterlaufen der Sicherheitsüberprüfungen und eines 8-Punkte-Planes vor, den das Land NRW 2014 nach ersten Misshandlungsskandalen erlassen hatte. Letzte Woche war bekanntgeworden, dass dabei nicht nur fragwürdige Rotationen zwischen der eingesetzten BEWA-Security und dem DRK in den Heimen zustande gekommen sind, sondern dass viele Mitarbeiter der Einrichtung zusätzlich [über einen rechts orientierten Motorradclub zueinander in Verbindung stehen](#).** Im Internet lassen BEWA-Securitys wenig Zweifel daran, was sie von den Flüchtlingen in Deutschland halten, auch der Account des Clubs teilte neonazistischen Inhalt. Der Pressesprecher der Bezirksregierung Arnberg gestand nach Bekanntwerden dieser Informationen ein, dass **die bislang behaupteten strengen Überprüfungen der Mitarbeiter sich nicht auf Internetauftritte bezogen**. Aber auch der Verfassungsschutz und das LKA, die mit solchen Überprüfungen beauftragt sind, haben die Verbindungen ins rechte Spektrum und zu dem Motorradclub anscheinend nicht ermittelt – oder sie nicht an die entsprechenden Stellen weitergegeben, weil sie sie für unbedenklich hielten.

Der Club, der sich „**Watchman True Brothers Crew**“ nennt, ordnet sich dem **internationalen „Iron-Order“-Club** zu, einer Vereinigung, die sich in der Hauptsache aus Sicherheitskräften, Militär, Justizvollzug und Polizei rekrutiert. „Iron Order“ ist immer wieder in kriminelle Machenschaften verwickelt, es steht der Verdacht im Raum, dass Polizeibeamte in den USA Clubmitglieder vor Verfolgung beschützt haben könnten. Unter den Facebook-Freunden von Marco H., der für die BEWA unter anderem als Ansprechpartner in einer Stellenanzeige der Agentur für Arbeit auftritt und auf einer **Rocker-Webseite als „Mitglied“ posiert, fanden sich neben Prominenz der AfD und augenscheinlichen Neonazis auch mehrere Siegerner Polizeibeamte**. Einer dieser Beamten ließ sich von seiner Tätigkeit bei der Polizei in die Bezirksregierung Arnberg versetzen, um sich dort um die Verteilung von Asylsuchenden zu kümmern. Mittlerweile ist das Facebookprofil von H., der sich dort als ehemaliger Soldat und Motorradnarr inszenierte, deaktiviert. Auch der Facebookauftritt des Unternehmens ist seit kurzem offline, entsprechende Screenshots liegen aber vor.

Ebenfalls letzte Woche kam es zu den ersten zwei Verurteilungen wegen der Misshandlungen, die im Herbst 2014 durch die Medien gingen. Damals sorgte unter anderem ein Bild eines Securitys für Entsetzen, das ihn dabei zeigte, wie er in Burbach einem auf dem Boden liegenden, gefesselten Mann den Stiefel in den Nacken stellt. Vor dem Amtsgericht des benachbarten Bad Berleburg wurde nun [ein Sicherheitsmann zu 22 Monaten Haft verurteilt, ein weiterer Mitarbeiter erhielt eine Bewährungsstrafe](#). **Den zwei BEWA-Männern war unter anderem vorgeworfen worden, in der Bad Berleburger Einrichtung einen Marokkaner misshandelt zu haben. Die Kombination aus DRK-Heimleitung und BEWA-Security findet sich gleich mehrfach im Siegerner Land.**

Wdr 28.07.2016, 13:13

Erstaufnahme für Flüchtlinge in Burbach wird noch nicht geschlossen

Die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Burbach soll nach WDR-Informationen bis Mitte kommenden Jahres weiterbetrieben werden. Danach soll sie auf "Stand-By" bestehen bleiben, für den Fall, dass wieder mehr Flüchtlinge kommen.

Die ehemalige Kaserne ist eine von sechs Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Zur Zeit sind dort rund 200 Flüchtlinge untergebracht.

Weil erheblich weniger Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kommen, als noch vor einigen Monaten, werden viele Unterkünfte überflüssig. Die für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständige Bezirksregierung Arnberg hat dem Land Vorschläge gemacht, welche Unterkünfte aufgeben werden sollten. Darüber entscheiden wird Innenminister Jäger nach der Sommerpause, Mitte August.

Stand: 28.07.2016, 13:13

Refugees Welcome Bonn 6. August 2016

[Weiteres zum Lager in Burbach](#)

Unter dem [folgenden Link](#) lässt sich in der aktuellen Ausgabe der Studierendenzeitung der Universität Duisburg-Essen ein überblicksartiger Artikel zu den Vorfällen und Zuständen im Burbacher Flüchtlingslager nachlesen.

Am Freitag, 29. Juli, fand in der Bonner Kanzlei der Anwältin der beiden von uns betreuten Zeugen ein fast vierstündiges Gespräch mit Vertretern der Arnberger Bezirksregierung statt, in dem die beiden Zeugen noch einmal ihre komplette Aussage wiederholten.

Nachdem seitens der Bezirksregierung mehrfach nachdrücklich der Wille zur restlosen Aufklärung der Vorwürfe beschworen worden war, erging unser erneuter Appell an die Bezirksregierung, doch dann zumindest endlich für eine angemessene Unterbringung und die Wiederaushändigung der den Zeugen möglicherweise widerrechtlich abgenommenen Ausweispapiere zu sorgen. Dies wurde – in offenem Widerspruch zur zuvor erklärten Absicht, für Aufklärung zu sorgen – erneut mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der ZAB Bielefeld (Zentrale Ausländerbehörde) beantwortet. Mit der Tatsache konfrontiert, dass die ZAB mittlerweile ebenfalls ihre Nichtzuständigkeit in dieser Sache erklärt hatte, erging dann die lapidare Empfehlung, man könne ja vors Verwaltungsgericht ziehen, um die Zuständigkeit klären zu lassen. Ein solches ans Groteske grenzende Verhalten lässt in unseren Augen nur einen Schluss zu: Dass es der Bezirksregierung in erster Linie um ein Aussitzen mithilfe offenkundiger Lippenbekenntnisse geht.

Gestützt wird diese Annahme auch dadurch, dass der Berichterstattung zu Burbach in der vorvergangenen Woche zu entnehmen war, dass das Lager in Burbach überraschend geschlossen werden sollte – obwohl noch im Mai eine langfristige Nutzungsabsicht artikuliert und nicht unerhebliche Renovierungs- und Bauarbeiten durchgeführt worden seien.

ak(du)e|| studentische zeitung für duisburg, essen und das ruhrgebiet, aug. 2016

Burbach: Schleppende Aufklärung

· von [Gastautor_in](#) Jana Klein

Das mutmaßliche Opfer im Gespräch mit der aktuell. (Foto: Jana Klein)

Wieder hat es in der Burbacher Erstaufnahmeeinrichtung Übergriffe von Personal auf Geflüchtete gegeben. Die Aufklärung kommt seit zwei Monaten nur schleppend voran. Das liegt mutmaßlich nicht nur an mäßigem Interesse seitens der Strafverfolgung, sondern auch daran, dass hinter einigen Mitarbeiter_innen des Heims ein Rocker_innennetzwerk steht.

Von Gastautorin Jana Klein

Die Liste der Vorwürfe, die Mitarbeiter_innen der EAE Burbach bei Siegen gemacht werden, wird immer länger. Systematisch sollen sich Securitys alleinstehende Frauen untereinander aufgeteilt und zugeschanzt haben. Es steht der Verdacht im Raum, dass sie mit Alkohol und falschen Versprechungen hinsichtlich ihrer Asylverfahren gefügig gemacht worden sind. Mindestens ein Fall einer Entführung mithilfe von K.O.-Tropfen und Vergewaltigung ist zudem Gegenstand von Recherchen und Ermittlungen – bei Polizei, Presse und einer von der Bezirksregierung eingerichteten „Task Force“.

Öffentlich bekannt geworden waren die Vorwürfe Ende Juni, als zwei Zeugen aus dem Heim gedrängt und schließlich in Bonn auf der Straße gestrandet waren. Da liefen bereits seit drei Wochen polizeiliche Ermittlungen, ins Rollen gebracht durch einen Whistleblower, der für die Bezirksregierung Arnberg in der Einrichtung tätig war. Die beiden albanischen Brüder, die anschließend vom Verein Refugees Welcome Bonn untergebracht wurden, berichteten von den

Burbacher Zuständen, einer will zudem Augenzeuge des Angriffs mit K.O.-Tropfen gewesen sein. aktuell konnte mit den Brüdern, der Geschädigten, dem Mitarbeiter der Bezirksregierung sowie mit weiteren Zeugen sprechen. Einstimmig zeichnen sie ein düsteres Bild von der Situation im Heim, die von Recherchen gestützt wird. Neben verwaltungstechnischer Willkür und dem systematischen Unterlaufen auferlegter Sicherheitsregeln scheint das Heim in die Fänge organisierter Kriminalität geraten zu sein.

Ziehen Rechte und Rocker_innen die Fäden?

Einige der Täter_innen und Mitwisser_innen, die für das Deutsche Rote Kreuz in der Heimleitung oder für die Siegener Security-Firma BEWA in Burbach tätig sind, stehen zusätzlich noch über einen rechten Motorradclub zueinander in Verbindung. Die Rocker_innen, die sich „Iron Order“ zurechnen, posieren im Internet in Kutten und mit einschlägigen Symbolen, viele von ihnen tragen zudem offen ihre rechtsradikale und rassistische Gesinnung zur Schau. Der aus den USA stammende Club rekrutiert sich vornehmlich aus Mitarbeiter_innen von Security, Justizvollzug, Polizei und Militär. Es steht dort immer wieder der Verdacht im Raum, dass kriminelle Machenschaften durch Kontakte in die Strafverfolgung gedeckt worden sein könnten. Mitarbeiter_innen der Firma und des Burbacher Heims zeigen sich bei Facebook mit rechten Tätowierungen, verteilen Likes bei NPD und AfD, man positioniert sich gegen die Geflüchteten, zu deren Wohl man eigentlich arbeitet, oder für Putins Russland. Die Bezirksregierung hat inzwischen eingeräumt, dass die umfassenden Checks, denen die Mitarbeiter_innen ihrer Einrichtungen unterzogen würden und wegen derer sie die Vorwürfe zunächst vorsichtig zurückgewiesen hatte, sich nicht auf Facebookprofile bezögen. Es liegen Screenshots vor, die Kontakte führender Securitys und Rocker_innen zu Siegener Polizeibeamten belegen.

Mauern und Vertuschen

Mit Rechercheergebnissen konfrontiert, prüft die Siegener Polizei gegenwärtig die Aufnahme eines Verfahrens wegen der Vortäuschung von Straftaten. Den beiden Zeugen seien in Burbach laut Eigenaussage SIM-Karten in ihr Gepäck geschmuggelt worden, ehe eine polizeiliche Durchsuchung veranlasst wurde. Daran anschließend war aber kein Verfahren eröffnet worden, vor Ort sei kein Verdacht einer Straftat für die Polizei feststellbar gewesen. Auch da dies mutmaßlich nicht der einzige Versuch war, den Zeugen Straftaten unterzujubeln, und weil nach Bekanntwerden der Vorwürfe nachweisliche Falschbehauptungen zur Diskreditierung von Zeug_innen und Whistleblower aufgestellt worden sind, dürfte nun dem Verdacht von Straftaten mit Verdunklungsabsicht nachgegangen werden. Dazu passt, dass die Securityfirma ihre Facebook-Seite deaktiviert und Mitarbeiter_innen ihre Arbeitsplatzangaben entfernt haben, als sie von den Social-Media-Recherchen erfuhr.

Ähnliche Vorwürfe gegen DRK in Warendorf bei Münster

Bereits 2014 hatte es in Burbach und im benachbarten Bad Berleburg einen Skandal wegen Übergriffen auf Heimbewohner_innen gegeben. Vor kurzem kam es in einem ersten Gerichtsverfahren zu zwei Verurteilungen. Die Prüfung aller Vorwürfe und Vorgänge, der Anzahl nach dreistellig, nähert sich dem Abschluss, allerdings wird davon ausgegangen, dass viele Zeug_innen Deutschland bereits verlassen haben. Zwischen der DRK-Heimleitung und der BEWA-Security hat es in der Region fragwürdige Personal-Rotationen gegeben, ein früherer DRK-Leiter musste die Einrichtung nach Bekanntwerden sexueller Kontakte zu einer Asylbewerberin verlassen. Ähnliche Vorwürfe wie in Burbach wurden nun gegen das DRK in Warendorf bei Münster laut. Außerdem ging das Siegener Jugendamt kürzlich dem Verdacht von Kinder- und Jugendprostitution in der Notunterkunft Siegen nach, einem Ort, an dem auch die BEWA eigentlich hätte für Sicherheit sorgen sollen.

Refugees welcome bonn 12. August 2016

[Deutsches Rotes Kreuz, BEWA Security, Motorradclubs und Bundeswehr in Siegen – Man kennt sich, man hilft sich](#)

Nachdem in den vergangenen Wochen wiederholt über die uns zugetragenen schweren Vorwürfe gegenüber Sicherheitsbediensteten der BEWA Security GmbH im Flüchtlingslager Burbach bei Siegen berichtet wurde (1), möchten wir nun erneut etwas genauer auf die offensichtlich guten Verbindungen zwischen Mitarbeitern des DRK (Deutsches Rotes Kreuz) in Siegen und zentralen Protagonisten der BEWA eingehen. Bereits zuvor hatten wir auf den bemerkenswerten Umstand verwiesen, dass **leitende BEWA-Mitarbeiter einen fliegenden Wechsel in ebenso leitende Positionen des DRK in Burbach hinlegten**, während zugleich die Aufträge für die Sicherheitsdienste in zahlreichen vom DRK getragenen Geflüchtetenunterbringungen in der Region und darüber hinaus an die BEWA vergeben werden (**neben Burbach selbst sind das unseres Wissens u.a. Olpe, Bad Berleburg, Herongen, Bad Laasphe, aber auch Bonn-Bad Godesberg**). **Dabei dürfte es sich um durchaus lukrative Aufträge handeln.**

In der Berichterstattung wurde bereits die Verstrickungen von BEWA-Mitarbeitern mit dem lokalen Ableger des Motorradclubs wie „**Iron Order MC**“ thematisiert. Auch vereinzelte Verbindungen zu den selbst erklärten „**One-Percenter-Clubs**“ Brothers MC und Gremium MC sind mittlerweile in den Blick geraten. One-Percenter-Clubs, zu denen sich auch etwa die Hells Angels und Bandidos zählen, betrachten sich selbst als „Outlaws“, d.h. außerhalb des geltenden Rechts stehend, und werden **oftmals mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht**.

Eine Personalie fällt dabei besonders ins Auge: Der BEWA-Mitarbeiter Marco H., der so etwas wie die rechte Hand des BEWA-Geschäftsführers Sven W. zu sein scheint (2). Dem ehemaligen aktiven Soldaten und jetzigen Stabsfeldwebel der Reserve H.(3) scheint dabei eine Schlüsselrolle zuzukommen. H. ist, wie dem Internetauftritt des „Iron Order MC“, aber auch Presseberichten (4) zu entnehmen ist, führendes Mitglied besagten Motorradclubs. Der Club inszeniert sich gern als Wohltätigkeitsorganisation etwa durch das Spendensammeln für Obdachlose oder – und hier wird es interessant – für das Sammeln von Geldern für die finanziell klamme DRK-Kinderklinik in Siegen. Letzteres geschieht dann auch mal in Zusammenarbeit mit dem Sanitätsdienst der Bundeswehr (5). Dies ist insofern bemerkenswert als dass der Iron Order MC sich zwar in seiner Selbstdarstellung als gesetzestreuer Motorradclub präsentiert, US-amerikanische Bundesbehörden diversen Berichten zufolge (6) offenbar jedoch zu einer anderen Einschätzung gelangen, weswegen es auch den Angehörigen diverser US-Streitkräfte untersagt ist, Mitglied im Iron Order MC zu sein. Der Iron Order MC ist als einer der am schnellsten Wachsenden Motorradclubs der USA bereits an mehreren, auch mitunter tödlich endenden Schießereien beteiligt gewesen (7). Bei der Bundeswehr scheint es dahingehend offenbar weniger Berührungspunkte zu geben.

BEWA-Funktionär Marco H. ist auf Facebook nicht nur befreundet mit dem AfD-Rechtsausleger und Bundeswehrangehörigen Uwe Junge, sondern auch ansonsten bestens vernetzt. So zählt er neben dem bereits oben erwähnten SPD-Abgeordneten Heinrichs auch diverse Siegener Polizisten zu seinen Facebook-Freunden.

Die Reservistenkameradschaft Kreuztal (unmittelbar bei Siegen gelegen) sorgte in der Vergangenheit bereits für eine Lokalposse, indem sie trotz lauter Kritik aus dem Stadtrat ein öffentliches Panzerfahren zur DRK-Kinderklinik veranstaltete. (8)

Dass die BEWA Security GmbH von der so genannten Flüchtlingskrise stark profitiert hat und die Zahlen ihrer Beschäftigten rapide in die Höhe geschossen sind, ist bekannt. Der offizielle Facebook-Auftritt der BEWA Security GmbH, der im Laufe der Recherchen offline genommen wurde, ist immer noch nicht wieder online gegangen. Zudem ist zu beobachten, wie zahlreiche BEWA-Beschäftigte ihre privaten Profile beginnen zu entschärfen oder unzugänglich zu machen.

Man kann sich angesichts der offen zur Schau gestellten rechten bis rechtsextremen Weltanschauung diverser BEWA-Beschäftigter (siehe vorangegangene Berichte) des Eindrucks kaum erwehren, dass mit dem Einsatz solcher Personen als Sicherheitsbedienstete in Asylunterkünften sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht wurde.

- (1) siehe z.B. hier: <http://welcome.blogsport.de/2016/08/06/weiteres-zum-lager-in-burbach/>
- (2) H.taucht etwa in einem Bericht des SPD-Landtagsabgeordneten Falk Heinrichs über ein Treffen mit der Bewa-Geschäftsführung neben Geschäftsführer W. als dessen Mitarbeiter auf.
<http://www.falkheinrichs.de/meldungen/22934/196565/Falk-Heinrichs-sprach-mit-BEWA-Geschaeftsfuehrung.html>
- (3) Einer Website des Kreisverbindungskommando Siegen-Wittgenstein zuständig für „Zivil-Militärische-Zusammenarbeit im Inland“
- (4) siehe hier: <http://www.wirsiegen.de/2015/11/rocker-sammeln-fuer-wohnungslose/>
und hier:
<https://www.facebook.com/784439971623264/photos/a.784444488289479.1073741827.784439971623264/1024738087593450/?type=3&theater>
- (5) siehe: <http://gesundheit.si/bikersternfahrt-snake-on-wheels-2015-7758/>
Das Foto zeigt Kuttenträger des Iron-Order-MC im Gespräch mit Generaloberstabsarzt Dr.Michael Tempel, daneben Marco H.'s Ehefrau.
- (6) siehe: <http://www.agingrebel.com/11364> und <http://www.agingrebel.com/10385> sowie <http://www.militarytimes.com/story/military/crime/2016/02/05/colorado-military-officials-banning-iron-order-mc-motorcycle-club-denver/79863270/>
- (7) siehe: <http://www.onepercenterbikers.com/iron-order-mc-motorcycle-club/> und: <http://www.denverpost.com/2016/02/01/iron-order-had-history-of-clashes-with-biker-clubs-before-fight-at-denver-motorcycle-expo/>
- (8) siehe: <http://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/umstrittene-panzerfahrten100.html>

WDR Nachrichten 12.08.16

Frau berichtet von Entführung aus Burbacher Flüchtlingsheim

Von Fritz Sprengart

Eine Albanerin soll angeblich aus der Burbacher Flüchtlingsunterkunft verschleppt worden sein. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Das beschuldigte Security-Unternehmen bestreitet die Vorwürfe. Das DRK als Betreiber des Heims sagt, man habe *"keine Kenntnis"* gehabt.

Eine Frau wird betäubt und verschleppt. Was wie die Handlung eines Krimis klingt, soll sich Ende Februar in der Burbacher Flüchtlingsunterkunft ereignet haben. Zumindest behauptet das eine Frau aus Albanien, die damals als Flüchtling in der Unterkunft gelebt hat. Ein Mitarbeiter des Wachdienstes sei zu ihr auf das Zimmer gekommen und habe sie eingeladen, mit den Kollegen etwas zu trinken. *"Nach etwa drei Gläsern habe ich das Bewusstsein verloren"*, erzählt sie dem WDR. Ihr Name soll geheim bleiben, sagt sie. Sie habe Angst vor der Rache des Wachmannes.

Der Albaner Armando Milloshi ist zur selben Zeit auch in Burbach untergebracht. Was er uns erzählt, passt zu der Schilderung der Frau. *"Ich habe gesehen, wie sie zusammen Wodka getrunken haben. Die Frau ist dann plötzlich zusammengebrochen. Ich wollte noch hinlaufen und ihr helfen, aber die Wachleute haben mich zurückgehalten. Die Frau wurde dann in einen Mercedes getragen, der sehr schnell weg fuhr."*

Schwierige Sachlage

Die Staatsanwaltschaft Siegen ermittelt in dem Fall. Mehr als fünf Monate später lässt sich aber kaum noch beweisen, ob sich das alles tatsächlich so zugetragen hat. Viele Flüchtlinge von damals haben die

Einrichtung längst wieder verlassen, sollte es KO-Tropfen gegeben haben, sind sie nicht mehr nachweisbar.

- **Sendehinweis: Lokalzeit Südwestfalen | Heute, 19.30 - 20.00 Uhr | WDR**

Erst vor sechs Tagen hat die mutmaßlich entführte Frau eine ausführliche Aussage bei der Staatsanwaltschaft Siegen gemacht. *"Die Frau hat einen Beschuldigten benannt und einen konkreten Vorfall beschrieben"*, so Oberstaatsanwalt Johannes Daheim. *"Das, was sie uns gesagt hat, gibt jetzt Veranlassung für weitere Ermittlungen, die in den nächsten Tagen erfolgen."*

Wurde die Frau sexuell missbraucht?

Ganze zwei Tage lang sei sie nicht bei Bewusstsein gewesen, erzählt uns die mutmaßlich Entführte. *"Als ich wieder zu mir gekommen bin, war ich komplett nackt"*, sagt sie. *"Ich war nicht in der Flüchtlingsunterkunft, sondern in einem anderen Haus. Bei mir im Zimmer waren vier Männer. Einer davon war der Security-Mann, der mich zum Trinken eingeladen hat. Was sie mit mir gemacht haben, als ich bewusstlos war, weiß ich nicht."*

Sicherheitsunternehmen bestreitet die Vorwürfe

Das Sicherheitsunternehmen bestreitet die Vorwürfe. In einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem WDR heißt es: *"Uns liegen bislang keine Informationen vor, die die von Ihnen erhobenen Vorwürfe bestätigen könnten, im Gegenteil. Sämtliche bis heute durchgeführten intensiven Recherchen haben (soweit uns bekannt) keine hinreichenden Verdachtsmomente ergeben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass diese Recherchen noch nicht abgeschlossen sind, und wir uns daher zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht näher äußern."* An einer Aufklärung der Vorwürfe sei man aber sehr interessiert.

Das DRK will nichts gewusst haben

Armando Millosi erzählt uns, er habe einem Sozialbetreuer von dem Vorfall berichtet. Weil die Unterkunft vom DRK betrieben wird, habe sich der Betreuer auch an den DRK-Landesverband in Münster gewandt, so sagt er. Warum hat das DRK den Vorfall nicht sofort der Polizei gemeldet? Auf WDR-Anfrage teilt der DRK-Landesverband Westfalen mit, man habe *"keine Kenntnis"* von den Vorfällen gehabt. Erst im Juni habe das DRK von der angeblichen Entführung erfahren.

Der Sozialbetreuer droht damals damit, sich ans Fernsehen zu wenden, wenn nichts passiert. Daraufhin bekommt er vom DRK eine Abmahnung. Darin heißt es: *"Sie haben sich an einen TV-Sender gewandt, um betriebsinterne Gegebenheiten öffentlich machen zu wollen."*

Sollte die Geschichte der Albanerin stimmen, dann hätte die Flüchtlingsunterkunft in Burbach zwei Jahre nach dem damaligen Misshandlungsfall den nächsten Skandal. Ob der Vorfall sich wirklich so zugetragen hat und sich auch noch beweisen lässt, muss jetzt die Staatsanwaltschaft klären.

- [Was wurde aus dem misshandelten Asylbewerber? | mehr](#)
- [Auf Schock folgte Hilfsbereitschaft | mehr](#)

Stand: 12.08.2016, 15:16

Ruhrbarone 12. August 2016

Burbacher Flüchtlingsheim: Ein Sumpf aus Rassismus und Kriminalität?

Von Jana Klein



In Deutschland verbotenes Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation, gefunden bei Burbacher BEWA-Mitarbeiter. Screenshots: Jana Klein

In der Erstaufnahmeeinrichtung Burbach im Kreis Siegen-Wittgenstein wird seit 2 Monaten wegen eines K.O.-Tropfen-Angriffs ermittelt. Dieser steht beispielhaft für ein Klima organisierter sexueller Ausbeutung und Angriffe, von dem Zeugen übereinstimmend berichten – „wie im Puff“ solle es in Burbach zugegangen sein. Eine Recherche der in der EAE eingesetzten BEWA-Securitys fördert einen rechten Konsens zutage.

„Meine Ehre heißt Treue“ ist eine Losung der SS, ihre Verwendung ist als Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Deutschland unter Strafe verboten. Dass sich Neonazis solche Parolen heimlich zusenden und sich freuen, dürfte keine bahnbrechende Neuigkeit sein. Wenn aber Sicherheitsmitarbeiter, die in Unterkünften für Geflüchtete tätig sind, diese und weitere Sprüche, wie bei der SS garniert mit Totenkopf, auf ihrer öffentlich einsehbaren Facebook-Seite teilen, sollte man, sollte die Republik hellhörig werden.

[Wie zunächst durch die Ruhrbarone](#) und [seit heute auch durch das WDR berichtet](#), weitet sich in Burbach derzeit der [Skandal um systematische sexuelle Ausbeutung](#) nach und nach aus. Seit dieser Woche ermittelt die Staatsanwaltschaft Siegen-Wittgenstein gegen mehrere bekannte Hauptverdächtige des Angriffs mit K.O.-Tropfen auf eine alleinreisende Asylbewerberin. Weiterhin geprüft wird die Eröffnung eines Verfahrens wegen vertuschender Tätigkeiten im Sinne der Vortäuschung von Straftaten.

Bei den Schikanen gegen einen Hauptzeugen soll Sven W. beteiligt gewesen sein. Er ist der Sicherheitsmann, der sich auf Facebook mit der SS-Losung brüstet – neben Werbung für den Siegener Chapter des „Gremium MC“, dem größten deutschen Outlaw-Motorclub, oder Beschwörungen von Ehre, Treue und Männlichkeit, die der kahlrasierte Mann sonst noch so teilt. Seine Facebook-Freunde von BEWA dürfte das nicht irritiert haben – klickt man sich durch die Profile der Securitys, die in Burbach eingesetzt waren oder sind, findet sich bei der überwiegenden Mehrheit entsprechender content. Einige Beispiele:

Markus E. etwa teilt ein Bild eines trojanischen Pferdes mit Aufschrift „Syrian Refugees“, auf dem Kopf jedoch steht „ISIS“. Auch Beiträge von „Tägliche Einzelfälle“, einer Netzschleuder unter anderem für angebliche Straftaten von Flüchtlingen, empfiehlt E. seinen Freunden. Ein aktueller Post macht sich dort Gedanken darüber, ob google gerade einen Völkermord gegen die Palästinenser begeht. Auch Angela Merkel hat es ihm angetan, man soll sie „kündigen“, sie wird als „Schande“ neben weiteren Politikern aufgezählt, die zurücktreten sollten.



Markus E. interessiert sich für Gesundheitspolitik

Marc D. lässt seine friends wissen, dass er gerade eine NS-Black-Metal-Band hört, das Genre gehört zu einer neonazistischen Subszene des Black Metal. Er „fickt“ die Hölle, weil er selber nach Walhalla gehen werde, zwischenzeitlich zierte das Logo der rechten Band „Freiwild“ sein Facebook-Banner. Auch er war oder ist in Burbach tätig.



Wird unter anderem im wiki zu NS-Black-Metal aufgeführt: Barad Dûr, benannt nach einem Berg im Herrn der Ringe

Ann-Kathrin ist mit ihrem Ehemann in Burbach tätig, was dort häufiger vorkommt. Sie liked unter anderem die NPD. Ihr Gemahl Dominik A. wiederum posiert mit Bierfass und Hooliganpulli („Frankfurt – Ehre – Stärke – Tradition“, versehen mit einem im Hooliganmilieu beliebten Bildchen eines Vermummten) oder im Freiwild-Bandshirt. Seine Sachkundeprüfung für die Ausübung des Wach- und Sicherheitsgewerbes hat der zum Zeitpunkt der Straftaten in Burbach tätige Mann erfolgreich Ende Juli diesen Jahres abgelegt, wie eine stolz präsentierte Urkunde dokumentiert.



Babykram & NPD – die Likes der BEWA-Mitarbeiterin



Dominik A. legte am 21.07.2016 seine Sachkundeprüfung ab

Stefano M. zeigt auf seiner Facebook-Page Schusswaffen, Schlagring und Eisernes Kreuz, dann wiederum sich selbst im Selfie-Style mit BEWA-Uniform. Der Siegener hat sich für seine Seite als Motto „Jage nicht was du nicht Töten kannst!“ (sic!) ausgesucht.



BEWA-„Sicherheitsmann“ Stefano M. auf seiner Facebook-Präsenz

Die Burbacher Sicherheitskräfte bilden jedoch keine Ausnahme: [wie gezeigt](#), sind auch bei BEWA-Mitarbeitern anderer Heime rechte Postings mehrheitsfähig, man liked fleißig NPD und AfD, posiert mit falschgeschriebenen Böhse-Onkelz-Tätowierungen, beschwert sich darüber, dass die Flaggen nur zur WM und EM rausgeholt werden, tauscht sich in Facebookgruppen „... gegen Flüchtlinge“ aus, shared einen Beitrag von „migrantenschreck.ru“, wo man neben „asylkritischen“ News auch Gewehre mit Gummi- und Reizgasgeschossen erwerben kann, oder teilt einen Beitrag von „Bündnis gegen Linksextremismus und Deutschenfeindlichkeit“, in dem es bezugnehmend auf die Randalen vor Flüchtlingsheimen im Dresdner Raum letzten Jahres heißt „Gabriel beschimpft uns als „Pack“...“. Praktisch für die Siegener Securitys: sie müssen nicht, wie ihre sächselnden Kameraden, vor dem Heim rumbrüllen und sich mit Polizisten schlagen, sondern haben die Schlüssel für mehrere Anlagen im Kreis Siegen-Wittgenstein und darüber hinaus in der Tasche.



Der Hinweis auf den Rechtschreibfehler war nicht böhse gemeint: Tattoo-Motiv eines BEWA-Mitarbeiters



migrantenschreck.ru ging bereits als Hetzseite und illegaler Vertrieb von Schusswaffen durch die Presse. Ware soll „ohne lästige bürokratische Hürden oder ärgerlichen Papierkram“ vertrieben werden.

Anonymer Zeuge bestätigt Eindruck

Ein ehemaliger Mitarbeiter, der BEWA wegen des Klimas der Gewalt verlassen hat, berichtet gegenüber den Ruhrbaronen anonym über eine weitere Unterkunft mit BEWA-Security: „es gab zwar Vorfälle in [...] auch da würden Leute geschlagen was ich mir nicht mehr ansehen konnte weil sie Kaffee oder Zucker haben wollten und die arabisch sprechenden dort sich dachten ich kann mit den umgehen wie Tiere (...) Bewa ist echt eine Firma wo ich sagen kann die hassen Ausländer der [...] hat in [...] vor den ganzen [...] ein afghanischen 17 oder 18 jährigen gegen ein [...] geschupst so das der Junge auf den [...] geknallt ist (...) sagt dann zu uns wenn so was nicht gefällt kann gehen wo sind die Menschen rechte wo ist die würde des Menschen dachte die ist unantastbar (...) Vorarbeiter und Chefs haben zusammen im [...] Personen misshandelt“. Die BEWA-Geschäftsführung bestreitet die neuerlichen Vorwürfe gegenüber dem WDR, eine Stellungnahme gegenüber den Ruhrbaronen liegt noch nicht vor.

Konsequenzen nach zwei Jahren Skandalunterkunft Burbach?

Verschiedene Zeitungen [berichteten zuletzt über Gerüchte, dass die EAE Burbach schließen solle](#), obwohl erst vor Kurzem mit nun still stehenden Renovierungsarbeiten begonnen worden war. Über Gründe und Zeitpunkt und ob ein Zusammenhang zu den neuerlichen Vorfällen in Burbach besteht, das [schon 2014 unrühmliche Bekanntheit erlangt](#) hatte, herrscht Unklarheit. Einer der Täter von damals berichtete, in Burbach hätten sich Sicherheitskräfte einen Spaß daraus gemacht, Menschen zu schikanieren. In einer Whatsapp-Gruppe seien Fotos erniedrigter Asylbewerber ausgetauscht worden.

Ein Sprecher des DRK, das das Heim im benachbarten Bad Berleburg zusammen mit der BEWA betrieb und nach dem Skandal auch die Leitung in Burbach übernahm, kündigte vor zwei Jahren in der Rheinischen Post Konsequenzen an, sollten sich die Vorwürfe gegen Securitys aus der Anlage bewahrheiten. **Nach vor Kurzem ergangenen Urteilen gegen zwei BEWA-Männer sind diese jetzt erst, wie der zuständige DRK-Verband auf Nachfrage mitteilte, entlassen worden, weitere Konsequenzen wollten die DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe auf Nachfrage nicht ziehen: „Derzeit sehen wir keinen Anlass dafür, unsere Zusammenarbeit mit der Bewa Security GmbH zu verändern.** Nach unserem aktuellen Kenntnisstand handelt es sich im Falle der beiden kürzlich verurteilten Sicherheitsmitarbeiter aus Bad Berleburg um Einzeltäter“.

In einem privaten Wohnhaus auf dem Gelände der EAE Burbach sollen im aktuellen Skandal eine Wohnung gezielt zum Verkehr zwischen Mitarbeitern von Security und DRK-Heimleitung benutzt, die Frauen mit Alkohol und Versprechungen gefügig gemacht worden sein. Schon 2014 wurde für das systematische Fehlverhalten des damals eingesetzten Sicherheitsunternehmens ein „Problemzimmer“ im Heim zur MIsshandlung verwandt. Ermittlungen zu mehreren hundert Vorgängen haben aber kaum greifbare Ergebnisse erbracht, unter anderem, [weil sich viele Zeugen nicht mehr im Land befinden](#).

Der Screenshot mit der SS-Lösung wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ermittlungen

Flüchtlingsheim: Security soll rechtsextrem gepostet haben

Burbach. Erneut Ermittlungen gegen Wachpersonal im Flüchtlingsheim Burbach. Staatsschutz prüft Vorwürfe wegen der Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole.

Mitarbeiter des in der Flüchtlingsunterkunft eingesetzten Sicherheitsdienstes sollen rechtsextreme Inhalte im Internet veröffentlicht und geteilt haben. „Wir haben ein Ermittlungsverfahren gegen eine bestimmte Person wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen“, bestätigt Oberstaatsanwalt Johannes Daheim. Weitere Personen könnten allerdings hinzukommen. „Wir müssen viele Facebookeinträge kontrollieren“, betont Daheim. Der Staatsschutz ist beteiligt. Innenminister nimmt Stellung

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat sich besorgt geäußert. „Für mich ist klar, dass Leute, die im Netz gegen Ausländer hetzen, nichts in Flüchtlingsunterkünften zu suchen haben.“ Es handle sich um schwerwiegende Vorwürfe gegen die Mitarbeiter der Sicherheitsfirma, die nun schnell und gründlich durch die Ermittlungsbehörden aufgeklärt werden müssten. Öffentlich gemacht wurde das Thema — wie bereits am Dienstag berichtet — durch die Organisation „Refugees Welcome Bonn“, die Facebook-Profile der Sicherheitsmitarbeiter überprüft hatte.

Die Aussage einer Albanerin, die in der ehemaligen Siegerlandkaserne lebte, bekräftigt die Vorwürfe gegen die Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtung.

Simone Brand, Landtagsabgeordnete der Piraten-Partei, äußerte sich im WDR: „Wenn man die Leute googelt, stellt man fest, dass 15 bis 20 Prozent der Security-Mitarbeiter dem rechtsradikalen Milieu zuzuordnen sind.“ Die Politikerin war von Refugees Welcome zu einem Gespräch mit den beiden albanischen Brüdern hinzugebeten worden, die in Burbach Zeugen eines Übergriffs gegen eine 35-jährige Bewohnerin waren. Auch hier ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes.

Private Aktivitäten nicht geprüft

Die privaten Online-Aktivitäten von Wachleuten werden vor ihrer Einstellung nicht überprüft, wie Benjamin Hahn von der Pressestelle der Bezirksregierung Arnsberg erläutert – dies sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig. „Wir müssen uns auf das verlassen, was uns von Polizei und Staatsschutz mitgeteilt wird.“ **Vertragspartner der Sicherheitsfirma sei nicht die Bezirksregierung, sondern das DRK.** In der Pflicht seien auf jeden Fall auch die Arbeitgeber, so Hahn. Sollten die Ermittlungen Erkenntnisse darüber liefern, dass es sich möglicherweise um ein „systematisches Problem“ handeln könnte, werde ein Sicherheitsdienst nicht mehr in den Unterkünften eingesetzt.

Die DRK-Betreuungsdienste Westfalen-Lippe weisen Mutmaßungen über ein enges personelles Zusammenspiel mit dem Siegener Sicherheitsdienst zurück, wie sie von „Refugees Welcome“ geäußert wurden. **Die GmbH arbeite in den 13 von ihr betriebenen Landeseinrichtungen mit drei Sicherheitsdiensten zusammen.** „Die Einrichtung in Burbach ist die einzige, in der wir ehemalige Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in Führungspositionen beschäftigen.“ Die Personalkonstellation in Burbach sei somit als Einzelfall einzustufen.

Handlungsbedarf?

Auf die Frage, ob die DRK-Betreuungsdienste Handlungsbedarf in Burbach sehen, heißt es in der Stellungnahme gegenüber dieser Zeitung: „Dies wird sich im Zuge der laufenden Ermittlungen erweisen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir diese Frage noch nicht kommentieren.“

Steffen Schwab und Florian Adam

[Kölner Stadt-Anzeiger](#) 16.08.16, 14:49 Uhr

In Burbach Wachen einer Flüchtlingsunterkunft sollen rechte Inhalte gepostet haben

Burbach - Wachleute der Flüchtlingsunterkunft in Burbach (Kreis Siegen-Wittgenstein) sollen im Internet rechte Inhalte gepostet und geteilt haben. Nach einem Bericht des WDR und der [„Ruhrbarone“](#) hat die Staatsanwaltschaft in Siegen reagiert. „Wir haben ein Ermittlungsverfahren wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen“ gegen Unbekannt eingeleitet“, sagte ein Sprecher der Ermittlungsbehörde am Dienstag.

Der Staatsschutz solle die entsprechenden Facebook-Seiten auf strafrechtlich relevante Inhalte prüfen und herausfinden, wer sie gegebenenfalls ins Netz gestellt hat. Die Blogger berichteten, dass von Mitarbeitern des Wachdienstes der Flüchtlingsunterkunft unter anderem die SS-Losung „Meine Ehre heißt Treue“ gepostet worden sein soll. Außerdem seien Inhalte der rechtsextremen NPD geteilt worden.

Quelle: <http://www.ksta.de/24597884> ©2016

[Kölner Stadt-Anzeiger](#) 22.09.16, 15:36 Uhr

Missbrauchsvorwürfe

Frau berichtet von Entführung aus Burbacher Flüchtlingsheim

Von [Christina Michaelis](#)

Quelle: <http://www.ksta.de/24786932> ©2016

Die Meldungen über Missstände in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften reißen nicht ab. Für Aufsehen sorgt derzeit die Geschichte einer Albanerin, die in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Burbach mit Alkohol betäubt, anschließend verschleppt und möglicherweise sexuell missbraucht worden sein soll. Mit dem Fall betraut ist aktuell auch die Staatsanwaltschaft Siegen – sie prüft in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen Mitarbeiter der Burbacher Flüchtlingsunterkunft, die seit Oktober 2014 durch das DRK betrieben wird. Einem Medienbericht vom Juni 2016 zufolge hatten zwei Albaner, die demnach ebenfalls in der Einrichtung untergebracht waren, Wachleute der Sicherheitsfirma Bewa und DRK-Mitarbeiter bezichtigt, mit alleinstehenden weiblichen Flüchtlingen Alkohol konsumiert und gegen deren Willen mit ihnen Geschlechtsverkehr gehabt zu haben.

Über den Fall der Albanerin hatte zunächst der WDR berichtet. Demnach soll die Frau, die zum Zeitpunkt des Vorfalls in der EAE Burbach untergebracht gewesen sein soll, Ende Februar mit einem Wachmann Alkohol getrunken haben. Plötzlich sei sie zusammengebrochen, schilderte ein Zeuge – damals anscheinend ebenfalls Bewohner in der Unterkunft – die Situation. Daraufhin sei die Frau in einen Mercedes getragen und weggefahren worden. Er habe der Frau helfen wollen, doch Wachleute hätten ihn zurückgehalten, so der Mann. Die Betroffene selbst soll sich erst im August gegenüber der Staatsanwaltschaft geäußert haben.

Keine Erinnerung, was passiert ist

Dem WDR gegenüber gab die Frau an, sie wisse nicht, was während ihrer insgesamt zweitägigen

Bewusstlosigkeit passiert sei. „Als ich wieder zu mir gekommen bin, war ich komplett nackt“, wird sie zitiert. Sie sei nicht in der Flüchtlingsunterkunft aufgewacht, sondern in einem anderen Haus – im Beisein von vier Männern. Einer davon soll der Security-Mann gewesen sein, der sie zum Trinken eingeladen hatte.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Siegen dauern an. Anklage wurde im Fall der Albanerin noch nicht erhoben, sagte Oberstaatsanwalt Johannes Daheim dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Der Tatverdacht hat sich bislang nicht erhärtet“.

Auch von der Bezirksregierung Arnsberg heißt es auf Anfrage, die Vorwürfe hätten sich bislang nicht bestätigt. Zumal: „Nach unserem Kenntnisstand war die Frau zum angeblichen Tatzeitpunkt gar nicht in der Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach untergebracht“, erläuterte Pressesprecher Benjamin Hahn. Die Albanerin, die ab Mitte Dezember 2015 für etwa einen Monat in Burbach einquartiert war, sei am 15. Januar der Stadt Dortmund zugewiesen worden, so Hahn: „Uns ist nicht bekannt, dass sie danach noch einmal in Burbach war“.

Bezirksregierung richtet „Taskforce“ ein

Nach Bekanntwerden der Anschuldigungen gegen die Mitarbeiter der EAE in Burbach hatte die Bezirksregierung eine „Taskforce“ eingerichtet. Als die Behörde Anfang Juni von dem Fall der Albanerin erfahren habe, sei umgehend ein Kontrollteam mit den Ermittlungen beauftragt worden. In diesem Zuge seien sowohl Bewohner als auch Mitarbeiter der Sicherheitsfirma Bewa und des Deutschen Roten Kreuzes – dem Betreiber der Unterkunft – befragt worden. „Bislang haben sich die Vorwürfe nicht bestätigt“, so Behördensprecher Benjamin Hahn. Laut WDR dementierten sowohl das DRK als auch Bewa die angeblichen Übergriffe.

Dass die Albanerin von Burbach nach Dortmund verlegt wurde, geht auch aus einer Antwort von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf eine Anfrage der Piraten-Abgeordneten Simone Brand hervor. Demnach wurde die Frau nach „Hinweisen auf eine besondere Schutzbedürftigkeit“ dort auch einer spezialisierten Beratungsstelle zugewiesen. Weil die Albanerin Zeugin in einem Strafverfahren wegen Menschenhandels ist, wurde ihr eine Duldung zugesprochen. In Burbach war sie laut Bezirksregierung deshalb auch in einem abgezäunten, etwas abgelegenen Haus für schutzbedürftige Frauen untergebracht. Simone Brand von den Piraten hatte kritisiert, die Betroffene sei sowohl in Burbach als auch in Dortmund zunächst in Massenunterkünften einquartiert worden.

Flüchtlingsunterkunft steht immer wieder im Fokus

Unterdessen wurde bekannt, dass den beiden albanischen Brüdern, die die ursprünglichen Vorwürfe erhoben hatten, offenbar selbst Straftaten zur Last gelegt werden. Oberstaatsanwalt Johannes Daheim wollte das auf Anfrage zunächst nicht bestätigen.

Die Flüchtlingsunterkunft in Burbach stand in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder im Fokus. Im Herbst 2014 sorgten Bilder misshandelter Flüchtlinge bundesweit für Entsetzen. Das Land beendete daraufhin die Zusammenarbeit mit dem privaten Betreiber European Homecare, fortan war das DRK für Burbach zuständig. Laut Medienberichten im August 2016 sollen dann Wachleute der neuen Sicherheitsfirma rechte Posts auf Facebook verbreitet haben. Gegen einen ehemaligen Mitarbeiter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Quelle: <http://www.ksta.de/24786932> ©2016